



Hintergedanken zum Gedankenjahr

KARIN LIEBHART

Im Prozess der Konstruktion von Geschichtsbildern wirken dominante Diskurse und antagonistische Argumentationen wechselseitig aufeinander. Gedächtnis kann in einer sich dynamisch verändernden „Matrix gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ (Uhl 2001, 19) verortet werden. Vergangenheitsnarrative, die in diesem Beziehungsgeflecht aus zum Teil konkurrierenden Erinnerungserzählungen entstehen, müssen, um ihre Geltung zu bewahren, immer wieder aktualisiert und in einen gegenwärtigen „Sinn-Rahmen“ eingefügt werden (Assmann 1991, 347). Im kollektiven Gedächtnis (Halbwachs 1985) bleibt nur das, was aktuell auch „funktioniert“. Vergangenheit kann nur vom Bezugssystem der Gegenwart her gelesen werden. Jubiläen eignen sich besonders für solche Re-Inszenierungen, da sie Geschichtsinterpretationen bündeln. Dementsprechend dienen staatliche Jubiläen der Selbstvergewisserung nationaler politischer Gemeinschaften. Sie legen erwünschte Vergangenheitsdeutungen nahe und zielen darauf ab, Identifikation der BürgerInnen mit „ihrem“ Staat herzustellen. Der erinnerungspolitische Rückbezug gegenwärtiger Verhältnisse auf eine als sinnvoll angesehene Vergangenheit legitimiert erstere, da diese als „logische“ Folge einer kontinuierlichen Entwicklung präsentiert werden. Zugleich können gruppenspezifische Zukunftserwartungen daraus abgeleitet werden.

Österreichische Erinnerungs- politik und europäische Gedächtnislandschaft

2005 wurde von der österreichischen Bundesregierung als „Gedankenjahr“ ausgerufen. Dies scheint auf den ersten Blick einen reflexiven Zugang nahe zu legen. Der Herausgeber der Wiener Stadtzeitung *Falter*, Armin Thurnher, fand jedoch schon zu Beginn des Jahres die Bezeichnung „Hintergedankenjahr“ passender (*Falter* 1–2/2005). Gefeierte wurde 2005 alles mögliche: 60 Jahre En-

de der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges und damit 60 Jahre Zweite Republik, vor allem aber 50 Jahre Staatsvertrag, Wiedergewinnung der vollen nationalen Souveränität, damit in Verbindung stehend 50 Jahre Neutralität, aber auch 10 Jahre Beitritt zur Europäischen Union. Zusätzlich wurde unter anderem noch an 50 Jahre Bundesheer, ORF, Wiedereröffnung der Staatsoper und des Burgtheaters erinnert. Das Jubeljahr eröffnete damit eine vielfältige, schlussendlich aber doch recht eindeutige Perspektive auf Repräsentationen österreichischer Identität nach 1945: Im Zentrum stand das Staatsvertragsjubiläum.

Historische Großausstellungen, populärkulturelle Events, Publikationen, TV- und Filmproduktionen konstruierten 2005 ein nationales „Wir“ und fungierten zugleich als Bühne für die (Selbst)Darstellung politischer und kultureller Eliten. Welche historischen Ereignisse wie thematisiert wurden, welche Bedeutung ihnen jeweils zugeschrieben, wie diese zu stringenten Erzählungen kombiniert wurden, welche Aspekte besonders betont, welche kaum angesprochen wurden, ist dabei ebenso von Interesse wie die Zielgruppen, an die sich die Inszenierungen richteten. Eine Analyse der inhaltlichen Gewichtung der Feiern eröffnet darüber hinaus die Frage, inwiefern altbekannte Klischees, Mythen und Tabus (Stunde Null, Wiederaufbau, Opferrolle, Erfolgsgeschichte Zweite Republik) diese Identität stiftenden Österreich-Erzählungen prägten. Darüber hinaus ermöglicht sie Rückschlüsse auf den zugrunde liegenden Identitätsentwurf der Zweiten Republik und darauf, wer zur „Wir-Gruppe“ des feiernden Kollektivs zählt und wer (weiterhin) davon ausgeschlossen bleibt.

Das offizielle Österreich interpretierte 2005 also vor allem als Staatsvertragsjubiläum, während im europäischen Rahmen vorrangig der Befreiung von der NS-Herrschaft gedacht wurde. Spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Ende der Blockgrenzen und

dem damit verbundenen Versuch der Rekonstruktion eines europäischen Gedächtnisses anstelle zweier getrennter Gedächtnisse vor 1989, gilt Auschwitz, Synonym für die NS-Verbrechen, als der zentrale transnationale, gesamteuropäische Gedächtnisort, der Zivilisationsbruch Holocaust als negativer historischer Bezugspunkt des Europäischen Integrationsprozesses. Damit geht auch eine „Neubestimmung der sozialen Funktion von Gedächtnis“ einher, im Sinne einer „kritischen Selbstreflexion über die ethisch-moralischen Grundlagen eines Kollektivs“. Gedächtnis wird „zu einem, wenn nicht dem Indikator für das Normen- und Wertesystem eines Kollektivs“ (Uhl 2005, 25).

In Österreich hingegen stand im Jubiläumsjahr 2005 – erstmals seit der Waldheimaffäre 1986 und der mit ihr verbundenen geschichtspolitischen Zäsur – nicht (mehr) eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Verstrickung in NS-Verbrechen im Vordergrund, sondern, zentriert um das Staatsvertragsjubiläum, erneut die relativ unreflektierte Inszenierung der ungebrochenen Erfolgsstory Zweite Republik. Heidemarie Uhl (*ebd.*, 26) wertet diese Differenz zwischen österreichischer und europäischer Erinnerungspolitik als ein anschauliches Beispiel für die Beharrlichkeit nationaler Gedenktraditionen. In Zusammenhang damit war eine Wiederaufnahme der Diskussion um die Beurteilung von 1945 als Befreiung oder Besetzung zu beobachten – ein zentrales geschichtspolitisches Konfliktfeld der Zweiten Republik (*ebd.*, 21). „1945“ steht eindeutig im Schatten von „1955“ (*ebd.*), letzteres wird mit der eigentlichen Befreiung verbunden. Über 1945 herrscht keine Einigkeit, deshalb wird es durch den konsensorientierten historischen Bezugspunkt 1955 überschrieben. In diesem Jahr konnten sich alle befreit fühlen, auch die, ein Jahrzehnt nach dem Ende des NS-Regimes in die nationale Gemeinschaft wieder voll integrierten, österreichischen NationalsozialistInnen.

Das neue Österreich ist frei

1955 als zentrales Datum des Jubiläumsjahrs verweist auf die altbekannte Opferthese, aber in modifizierter Form: Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus, wie Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Laufe der letzten Jahre mehrfach betonte,¹ vor allem waren aber alle ÖsterreicherInnen Opfer des Krieges. Zwar ist eine bruchlose Rückkehr zur Opferthese alten Stils nicht mehr möglich, wie kritische Gegenzählungen gerade auch im heurigen Jubiläumsjahr beweisen.² Zumindest eine der beiden historischen Großausstellungen zum Staatsvertragsjubiläum versuchte es dennoch.

Die von April bis November des Jahres 2005 in der Schallaburg bei Loosdorf/Melk gezeigte Ausstellung des



Landes Niederösterreich „Österreich ist frei! Der österreichische Staatsvertrag 1955“³ hatte eine klare Botschaft: an das Gedächtnis der Kriegs- und Wiederaufbaugeneration gerichtet, erzählte sie zuerst die Opfer- und darauf folgend die Wiederaufbau- bzw. Erfolgsgeschichte Österreichs, die durch den Abschluss des Staatsvertrages gekrönt wird.

Die Ausstellung begann mit dem Bild eines jungen Mannes in Wehrmachtsuniform und einer Installation, die den Tod von Soldaten im Krieg zum Thema hatte. Nationalsozialistische (Kriegs)Verbrechen als wesentlicher Teil der Vorge-

schichte des Jahres 1945 wurden kaum thematisiert, nicht das Leiden der „anderen“, stand im Zentrum, sondern „unseres“. Ein Gedenkraum im Hof der Schallaburg und die Beschriftung einzelner Stufen jener Treppe, die zum Eingang der Ausstellung führte, mit Opfergruppen, lagerten das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus aus der Ausstellung aus. Die „wirkliche“ Leidensgeschichte bezog sich auf die Toten und Verwundeten des Krieges und begann – was die österreichische Zivilbevölkerung sofern sie nicht von Bombenangriffen der Alliierten betroffen war – angeht, erst 1945 wirklich. Ein großer Teil der Ausstellung war diesem Leiden des österreichischen Volkes – zu dem weder Juden und JüdInnen, noch Roma und Sinti oder andere vom NS-Regime verfolgte Gruppen zu gehören schienen – gewidmet: unter der alliierten Besatzung, vor allem der Sowjets, besser gesagt „der Russen“. „Der Fokus der Ausstellung liegt in vielen Bereichen auf Niederösterreich und Wien und damit auf der sowjetischen Besatzungszone, ohne auf den gesamtösterreichischen Rahmen (die britische, französische und US-amerikanische Zone) und den europäischen Hintergrund zu verzichten“ ist der Internetpräsentation der Ausstellung zu entnehmen (<http://www.oesterreichistfrei.at>). Insbesondere willkürliche Verschleppungen, Vergewaltigungen, Raub und alle möglichen Schikanen der sowjetischen Besatzer wurden auf vielfältige Weise in Bild und Text dargestellt und prägten den Charakter der Ausstellung auf dominante Weise. Ob die Präsentation, auf der Ausstellungshomepage (*ebd.*) erhobenen, Anspruch ein „breites und umfassendes Bild der Besatzungsjahre zu entwerfen“ erfüllte, kann angezweifelt werden.

Die NS-Verbrechen wurden zwar thematisiert, jedoch marginal und in einem Seitenraum des Hauptweges durch die Ausstellung entsorgt – ohne ersichtlichen Österreichbezug und unter dem Titel „Schatten der Vergangenheit“. Im selben Raum wurde auch der österreichische Widerstand „gewürdigt“, die bedeutende Rolle der kommunistischen WiderstandskämpferInnen oder der Widerstand der PartisanInnen dabei aber fast zur Gänze ausgeblendet. Wenn PartisanInnen erwähnt wurden, dann auf einem kommunistischen Plakat oder mit der Etikettierung „Tito-Partisanen“. So war etwa zu lesen: „Teile Kärntens einschließlich Klagenfurt werden 1945 von Tito-Partisanen besetzt“ (*vgl. Bratic 2005*).

Der „Feind“ war eindeutig identifizierbar: als Sowjetsoldat oder jugoslawische/r, manchmal auch österreichische/r, PartisanIn (*ebd.*).

Breiten Raum nahmen die Wiederaufbauleistungen ein, die Österreich „nach der großen Depression der ‚Besatzungszeit‘“ (*Bratic 2005*) zu einer Kultur- und Sportnation machten und zu wirtschaftlichem und sozialem Aufschwung verhalfen, wie die Ausstellung suggeriert. Die „Väter“ des Staatsvertrages und „Baumeister“ der Zweiten Republik Leopold Figl und Julius Raab wurden ausführlich gewürdigt, weit weniger jedoch Karl Renner, Bruno Kreisky und Adolf Schärf, die wohl ebenso dazu zu zählen sind. Dass Figl und Raab Niederösterreicher waren, mag nicht der einzige Grund dafür gewesen sein.

Die ausführliche Darstellung des langen Weges zum Staatsvertrag gipfelte im letzten Raum, den der/die BesucherIn betrat; in einer – in der Umsetzung ästhetisch etwas verunglückten – Reinszenierung der Jubelszene vor dem Balkon des Schlosses Belvedere: Das jubelnde österreichische Volk wurde durch gegenüber einer Fototapete, die die berühmte Balkonszene zeigte, aufgestellte Pappkameraden symbolisiert. Die AusstellungsbesucherInnen konnten sich in diese, an Laubsägearbeiten erinnernde Reihe einfügen und sich so ebenfalls als befreite ÖsterreicherInnen fühlen.

In Hinblick auf das Design zeitgemäßer und innovativer präsentierte sich die Ausstellung „Das neue Österreich“ im Oberen Belvedere (Mai bis Dezember 2005, *vgl. http://www.dasneueoesterreich.at*) in Wien. Sie beanspruchte, die gesamte Geschichte Österreichs im 20. und 21. Jahrhundert zu zeigen und sprach einen breiten Kreis von BesucherInnen inklusive TouristInnen an. Was Ausstellungsinhalte und auch deren Umsetzung betrifft kann sie als differenzierter und kritischer gelten als die etwa zeitgleich gezeigte Schau auf der Schallaburg. Die Belvedere-Ausstellung ließ dennoch im Gesamteindruck beliebige Interpretationsspielräume offen und bezog kaum Position. Dadurch wirkte sie insgesamt sehr „ausgewogen“ und staatstragend. Dieser Anspruch kam auch durch das leitende Symbol, eine große österreichische Fahne, die sich durch die einzelnen Ausstellungsräume zog, zum Ausdruck. In Perioden unterteilt repräsentiert, endete die österreichische Erfolgsstory mit der Europäischen Rolle des Landes. Das Highlight der Ausstellung bildete, wie schon auf der Schallaburg, auch hier das temporär



gezeigte Original des österreichischen Staatsvertrages, des „Schlüsseldokument(s)“ der Zweiten Republik (*Spitaler 2005, 12f.*). Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages und rund um den Beginn der Ausstellung wurde im Garten des Belvedere ein „Fest für Österreich“ veranstaltet, mit „authentische(r) Verpflegung wie vor 50 Jahren“ (Erbsensuppe und Gulasch aus der Feldküche). „Für Durstige (gab) es das Staatsvertragsbier Gösser Spezial. Es wurde auch am 15. Mai bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages ausgeschenkt.“⁴

Die Konstruktion der Nation als Publikum⁵

Das offizielle Österreich feierte sich aber nicht nur mit großen Ausstellungsprojekten: 25 von Georg Springer und Wolfgang Lorenz „unter wohlwollender Patronanz des Bundeskanzlers“ (*Spitaler 2005, 13*) gestaltete Interventionen im öffentlichen Raum sollten große mediale Aufmerksamkeit erwecken und zum Nachdenken anregen. Von den 25 Peaces (www.25peaces.at), die um die Schlüsselwörter „Friede“ und „Freiheit“ zentriert wurden, versprachen sich die Initiatoren eine Visualisierung des Alltags zu Kriegsende und während der Besatzungszeit über die Inszenierung von Gefühlswelten. Siegfried Mattl (*2005, 8*) erklärte in diesem Zusammenhang den Konsumenten zum neuen Typus des Staatsbürgers. Isolde Charim (*2005*) hat darauf hin gewiesen, dass eine solche Strategie der „Privatisierung des Gedenkens“ statt „gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge den Menschen als Einzelnen in den Vordergrund“ rückt, ein Phänomen, das eher „die Entpolitisierung der Geschichte befördert.“

Die *25Peaces* fokussierten auf das Leiden der ÖsterreicherInnen an Kriegsfolgen und Besatzungszeit. Bereits die Auftaktveranstaltung, eine Licht-Ton-Installation zu den „Bombennächten“ in der Wiener Innenstadt unterstrich diese Perspektive: „Die unschuldigen ÖsterreicherInnen als Opfer der Bomben und der alliierten Besatzung, die wie eine unerklärliche Naturkatastrophe über das kleine, friedliebende Land hereingebrochen waren und die ohne Berücksichtigung der Vorgeschichte unverständlich bleiben müssen“, kommentierte dazu die Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes Brigitte Bailer (*2005, 11*). Die Kühe vorm Belvedere und die Gemüsebeete am Wiener Heldenplatz führten den Gedanken fort, erstere auf ungewollt komische Art: die fingierte Entführung einer der Kühe stellte den wohl witzigsten Beitrag zum Gedankenjahr dar.⁶

Auch die bereits in der Schallaburg-Ausstellung zum Ausdruck gebrachte Idee eines „Nacherlebens“ der Balkonzene von 1955 wurde von den *25Peaces* – in Form eines mobilen Staatsvertragsbalkons – aufgegriffen: Am 15. Mai 2005 wurde dieser fahr- und schwenkbare Balkon in den neun österreichischen Landeshauptstädten vor je einem repräsentativen Bauwerk aufgestellt und die Bevölkerung dazu animiert, die an einem Kran befestigte Attrappe zu erklimmen und anstelle des historischen Leopold Figl „Österreich ist frei!“ zu rufen. Dies sollte „jener Generation, die den Krieg und den Wiederaufbau nicht erlebt hat, eine Möglichkeit zur Identifikation“ bieten. Ähnliches beanspruchte auch das „Zonenkochbuch“, eine Sammlung ausgewählter Rezepte aus der Akti-

on „Wirtshäuser kochen Speisen der Besatzungsmächte“. Die NS-Zeit als Vorgeschichte zum Besatzungsjahrzehnt wurde mit Ausnahme eingemauerter Denkmäler am Heldenplatz und einer Fahne zum Gedenken an die NS-Opfer auf der Nationalbibliothek hingegen kaum thematisiert.

Ein Monument für die Niederlage

Das Gedenken daran blieb hauptsächlich kritischen zivilgesellschaftlichen Initiativen wie etwa der Internet-Plattform *oesterreich-2005.at* überlassen. Ein Projekt im öffentlichen Raum von Martin Krenn, Charlotte Martinz-Turek, Nora Sternfeld und Luisa Ziaja erinnerte an die Zeit der Befreiung 1945–1947. Die Enthüllung dieses „Monuments für die Niederlage“ fand am 8. April 2005 im Wiener Ostarrichi-Park statt. Das Denkmal stand nur einen Tag lang und sollte daran erinnern, dass das Jubiläumsjahr mit der Rolle Österreichs als NS-Nachfolgestaat in Verbindung steht, eine Auseinandersetzung mit den Entnazifizierungsprozessen auslösen und die bis heute unvollendete Entnazifizierung zum Thema machen.⁷

Aber auch zwei Ausstellungen sind zu nennen, die einen anderen Blick auf die politische Geschichte der Zweiten Republik werfen: Zum einen die inhaltlich und didaktisch ausgezeichnet konzipierte Ausstellung „Jetzt ist er böse der Tennenbaum. Die Zweite Republik und ihre Juden“,⁸ die auf ein Zitat aus „Der Herr Karl“ von Helmut Qualtinger und Carl Merz, einem satirischen Ein-Personen-Stück, das die Figur des österreichischen Opportunisten charakterisiert, anspielte: Der nach 1945 zurückgekehrte Jude Tennenbaum erwidert einen Gruß des Herrn Karl nicht, da dieser sich im März 1938 eine „Hetze“ mit ihm erlaubt hat: Herrn Karls Reaktion darauf steht symbolisch für das österreichische Selbstbild nach 1945, das die Ausstellung im Jüdischen Museum Wien zum Thema hatte. Zum anderen ist die Villacher Ausstellung „Heiß umfehdet, wild umstritten. Geschichtsmythen in Rot-Weiß-Rot“⁹ zu erwähnen, die eben jene Ausgrenzungspolitik und blinden Flecken anspricht, die den hegemonialen Gedenkdiskurs des Jubiläumsjahres charakterisieren – die österreichische Minderheitenpolitik nach 1945, den Widerstand der PartisanInnen, die Problematik der Deserteure, den Mythos des Kärntner Abwehrkampfes oder die Diffamierung von Frauen, die nach 1945 Beziehungen mit alliierten Soldaten eingingen.

Neuerscheinung

Krise des Arbeitsrechts Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky hg. von Anja Oberkofler

Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2005 (Quellen & Studien, Sonderband 6), 52 S., 5 Euro
ISBN 3-9501986-1-X



Eduard Rabofsky (1911–1994), Autoschlosser, kommunistischer Widerstandskämpfer, war nach der Befreiung Österreichs als Jurist in der Wiener Arbeiterkammer tätig und leistete mit seiner praktischen und theoretischen Arbeit wesentliche Beiträge zur Stärkung der Rechte der Arbeiterklasse.

Aus Anlass seines zehnten Todestages fand im Juni 2004 mit Unterstützung der Arbeiterkammer Wien ein Gedächtnissymposium der Alfred Klahr Gesellschaft zu Ehren von Eduard Rabofsky statt. Der vorliegende, von Anja Oberkofler herausgegebene Band vereint die dort gehaltenen Referate von Josef Cerny, Peter Goller, Johann J. Hagen, Hermann Klenner, Theo Mayer-Maly und Alois Obereder.

Zu beziehen über die Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien, FAX: 01/982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at.

Insgesamt wenig Aufregung...

Das öffentliche Interesse an all den offiziellen Gedenkritualen und -veranstaltungen war eher gering, insbesondere jüngere ÖsterreicherInnen zeigten sich desinteressiert an den mehr oder weniger staatstragenden Inszenierungen: unter den 18–29-jährigen gab ein Drittel an, kein Interesse zu haben (vgl. *ZIB 2, 27/10/05*; *profil 23/05/05*, zit. n. *Bernhardt 2005, 7*). Aufregungen hielten sich – mit Ausnahme der durch einschlägige Aussagen der freiheitlichen Bundesräte Kampf und Gudenus hervorgerufenen Debatten – ebenfalls in Grenzen. So kann alles in allem wohl Brigitte Bailer (2005, 11) zugestimmt werden, die bereits im Herbst 2005 bemerkte: „Das Gedenkjahr nähert sich langsam seinem Ende – seien wir froh, dass es keinen großen Schaden angerichtet hat.“

Anmerkungen:

1/ Vgl. Gespräch mit der *Jerusalem Post*, November 2000 (zit. n. *Kulturrisse 0404*, Dezember 2004. Marchart, Oliver/Sternfeld, Nora (2004): 60 Jahre Schüssel. Die Regierung feiert sich, und die Opposition feiert die Regierung. <http://oesterreich-2005.at/txt/1103307389/1103307942>) oder Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* im Februar 2005 (NZZ, 5.2.2005).

2/ Heimann-Jelinek, Felicitas (Hg.) (2005): Jetzt ist er böse, der Tennenbaum. Die Zweite Republik und ihre Juden. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Wien. 20. April–4. Juli 2005. Katalog. Wien. Koroschitz, Werner/ Retzl, Lisa (Hg.) (2005): „Heiß umfehdet, wild umstritten ...“. Geschichtsmymthen in Rot-Weiß-Rot. Katalog zur Sonderausstellung im Museum der Stadt Villach. 21. April–30. Oktober 2005. Klagenfurt/Celovec.

3/ Karner, Stefan/Stangler, Gottfried (Hg.) (2005): Österreich ist frei. Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband Schallaburg 2005. Horn/Wien.

4/ <http://www.wienweb.at/content.aspx?id=85323&cat=22&channel=2>

5/ Vgl. Matzl, Siegfried (2005): Das Bedenkjahr oder die Konstruktion der Nation als Publikum. In: *Pollitix 20/2005*. 8f.

6/ Vgl. www.oesterreich-2005.at.

7/ Vgl. Radio Stimme 5.4.2005.

8/ Heimann-Jelinek, Felicitas (Hg.) (2005): Jetzt ist er böse, der Tennenbaum (wie Anm. 2).

9/ Koroschitz, Werner/ Retzl, Lisa (Hg.) (2005): „Heiß umfehdet, wild umstritten ...“ (wie Anm. 2).

Literatur:

Assmann, Jan (1991): Die Katastrophe des Vergessens. Das Deuteronomium als Paradigma kultureller Memotechnik. In: Assmann,

Aleida/Harth, Dietrich (Hg.): *Mnemosyne*. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung. Frankfurt/M. 337–355.

Bailer-Galanda, Brigitte (2005): Überlegungen zum „Gedenkjahr“ 2005. In: *Pollitix 20/2005*. 10f.
Bernhardt, Petra (2005): Angerichtet! Warum Hintergedanken zum Gedankenjahr durchaus Sinn machen. In: *Pollitix 20/2005*. 7.

Bratic, Ljubomir (2005): Die Ausstellung als Ort der Macht. In: *Kulturrisse 0305*, Juli 2005.

Charim, Isolde (2005): Alte und neue Geschichtsmymthen, in: *Eurozine*, 30.09.2005, online: <http://www.eurozine.com>, abgerufen am 20.10.2005.

Die Zweite Republik – Eine unglaubliche Geschichte. Eine Dokumentation von Hugo Portisch. 4 Folgen. DVD ORF 2005.

Halbwachs, Maurice (1985): Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt/M.

<http://www.25peaces.at>

<http://oesterreich-2005.at>

<http://www.dasneueoesterreich.at>

<http://www.oesterreichistfrei.at>

<http://www.wienweb.at/content.aspx?id=85323>

&cat=22&channel=2.

Österreich 2005. Das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht. St.Pölten/Salzburg 2004. BKA (Hg.)

Radio Stimme 5.4.2005.

Spitaler, Georg (2005): Von der Normalitätsdebatte zur „Normalposition“ des Erinnerns: Ein skizzierter Vergleich der Republikfeiern 1995 und 2005. In: *Pollitix 20/2005*. 12f.

The New Austria. The Exhibition to Commemorate the 50th Anniversary of the State Treaty 1955/2005. Upper Belvedere, 16 May to 1 November 2005. Katalog Wien 2005.

Thurnher, Armin (2005): Ein Hintergedankenjahr. In: *Falter 1–2/2005*.

Uhl, Heidemarie (2005): Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005. In: Koroschitz, Werner/ Retzl, Lisa (Hg.): „Heiß umfehdet, wild umstritten ...“. Geschichtsmymthen in Rot-Weiß-Rot. Katalog zur Sonderausstellung im Museum der Stadt Villach. 21. April–30. Oktober 2005. Klagenfurt/Celovec.

Uhl, Heidemarie (2001): Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: *ÖZP 2001/1*. 19–34.

Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „Kontinuität und Wandel der österreichischen Geschichtsmymthen – Eine kritische Bilanz des Gedenkjahres 2005“ am 29. Oktober 2005.

Nachfolgend dokumentieren wir weitere am Symposium gehaltene Referate. Die Beiträge von Valentin Sima und Lisa Retzl folgen in der nächsten Ausgabe der Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft.

Das Geschichtsbild über die Besatzungszeit

HANS HAUTMANN

Die vielfachen Aktivitäten im heurigen Gedenkjahr von „staatsoffizieller“ Seite haben gezeigt, dass das Geschichtsbild über die zehn Jahre von 1945 bis 1955, als Österreich unter alliierter Besatzung stand, nach wie vor den von früher her tradierten, im wesentlichen negativ gefärbten und von Selbstmitleid dominierten Klischees verhaftet geblieben ist. Der Grund liegt auf der Hand: Unter den vier Besatzungsmächten befand sich ein Land, noch dazu ein kommunistisches, die durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg zur Weltmacht aufgestiegene Sowjetunion, die – mit vollem Recht – Schadenersatz für die unermesslichen Zerstörungen und Verheerungen beanspruchte, die nicht zuletzt auch durch die Teilnahme hunderttausender Österreicher am Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands entstanden waren. Der Zugriff auf die deutschen Vermögenswerte in Ostösterreich zur wenigstens teilweisen Befriedigung der sowjetischen Reparationsinteressen figuriert folglich als das, was das Schreckensszenario der Kapitalistenklasse schlechthin war und ist, als Enteignung, und wird als ökonomische Ausbeutung Österreichs hingestellt, um es politisch zu destabilisieren und à la longue hier das kommunistische System zu etablieren. Das, gepaart mit dem Stereotyp der massenhaften Ausschreitungen der Sowjettruppen gegenüber der (doch ausschließlich „zu befreienden“) österreichischen Bevölkerung, ist die wahre Ursache dafür, dass das geschichtsoffizielle Bild von der Besatzungszeit nach wie vor schief hängt.

Meine These ist, dass die Besatzungszeit eine der wichtigsten Perioden in der österreichischen Geschichte überhaupt war, und dass sie positiver eingeschätzt werden muss, als man das normalerweise tut. Diese These möchte ich an Hand von drei Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erläutern, in denen die Transformationen zum Besseren hin, die durch die alliierte Besatzung bewirkt wurden, deutlich zum Ausdruck kommen, nämlich auf justizieller, politischer und ökonomischer Ebene.

Um die Veränderungen in diesen Bereichen angemessen bewerten zu können, ist es notwendig, den Blick auszuweiten auf das gesamte Spektrum des historischen Weges Österreichs im 20. Jahrhundert. Unser Land war zweimal auf der Seite des deutschen Imperialis-

mus an Kriegen mit katastrophalen Ergebnissen beteiligt, 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945. Vergleicht man die Folgen der beiden Weltkriege für Österreich, das eine Mal als unbesetztes, das andere Mal als besetztes Land, werden die Unterschiede sehr augenscheinlich.

In besonders deutlicher Weise äußerte sich das auf *justizieller* Ebene, mit der ich beginnen möchte. Von Österreichern als dem herrschenden Volk in der Habsburgermonarchie wurden im Ersten Weltkrieg zahlreiche Kriegs- und Humanitätsverbrechen begangen, die nach 1918 keine Sühne fanden. Den Auslieferungsbegehren der Siegermächte, festgehalten in den Artikeln 173 bis 176 des Friedensvertrages von Saint-Germain, wurde nicht entsprochen. Der Versuch der inneren Selbstreinigung in Form eines von der republikanischen Nationalversammlung eingesetzten Gremiums, der „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege“, erwies sich im Endeffekt als vollkommener Fehlschlag. Die Verantwortlichen und Ausführenden der Kriegs- und Humanitätsverbrechen blieben ungesprochen, was auf die politischen Zustände und das allgemeine Klima der Monarchienostalgie und Verehrung der „unbefleckten Kriegshelden“ in der 1. Republik verheerende Auswirkungen hatte.

Ganz anders 1945. Nicht nur die vier Besatzungsmächte haben nach Naziverbrechen gefahndet, sie festgenommen, ihnen den Prozess gemacht und abgeurteilt, auch der österreichische Staat schuf mit dem NS-Verbotsgesetz und dem Kriegsverbrechergesetz von 1945, auf denen die Volksgerichte basierten, ein Instrument der Ahndung, dem wesentliche Bedeutung bei der Reinigung des eigenen Hauses zukam. Die Anwesenheit der Alliierten bewirkte, dass die Volksgerichte nicht kurzfristig, sondern über zehn Jahre hinweg, bis 1955, agierten. Verglichen mit der eher kläglichen Bilanz der Zeit danach, als dieser Verbrechenkomplex von Geschworenengerichten mit oft skandalösen Urteilen verhandelt wurde, nimmt sich die Tätigkeit der Volksgerichte mit 23.000 Urteilen, 13.000 Schuldprüchen, 298 Kerkerstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich sowie 43 Todesurteilen, von denen 30 vollstreckt wurden, imponierend aus.¹ Nicht dass es hier wie in der Frage der Entnazi-

fizierung insgesamt auch grobe Mängel, Opportunismus, Ahnden mit zweierlei Maß und Freunderlwirtschaft beim Ausstellen von „Persilscheinen“ gegeben hätte. Stellt man aber die Relationen in Rechnung, den Vergleich mit der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Periode nach der Abschaffung der Volksgerichte, so war diese Initiative strafrechtlicher „Vergangenheitsbewältigung“ in den Jahren der alliierten Besatzung für österreichische Verhältnisse höchst bemerkenswert, die unbedingt auf das Konto der positiven Veränderungen in unserem Land verbucht werden muss.

Zweite Ebene, die *politische*. Man kann es nur als Glück bezeichnen, dass von den alliierten Truppen die sowjetischen als erste österreichischen Boden betraten und nach der Befreiung Wiens den Anstoß zur unverzüglichen Bildung einer Regierung gaben. Denn das Besatzungskonzept der Amerikaner und Briten, vorerst nur Beamten-Verwaltungen, aber keine Regierung mit politischen Kompetenzen einzusetzen mit der Intention, Demokratie durch strikte Bevormundung der österreichischen Bevölkerung beizubringen, musste schon nach kurzer Zeit angesichts der demokratischen Vorbildwirkung der Renner-Regierung mit ihrem ungeteilten Vertretungsanspruch auf ganz Österreich aufgegeben werden.² Zweifellos ist dadurch unserem Land eine sehr schwierige Regierungsbildung oder gar eine Teilung in eine Regierung für Ost- und eine für Westösterreich erspart geblieben. Die sowjetische Besatzungspolitik zielte darauf ab, rasch eine funktionierende österreichische Regional- und Lokalverwaltung in den Händen von AntifaschistInnen aufzubauen. Sie nahm nur am Anfang Einfluss auf die Einsetzung der Verwaltungsdienststellen und hat in der Folgezeit die Entscheidungen der von ihr gestützten Organe, der Renner-Regierung und der Landesregierungen in Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und der Lokalverwaltung Mühlviertel, weitgehend akzeptiert, d.h., sie nahm dann kaum mehr Einfluss auf die Wiedererrichtung der politischen und verwaltungsmäßigen Infrastruktur und auf den Wiederaufbau der Wirtschaft.³

Überhaupt muss man sich davor hüten zu glauben, dass die Politik der Alliierten die einer kleinlichen Überwachung war. Solche Erscheinungen gab es nur in den ersten Monaten, vornehmlich in den

westlichen Zonen, und sie verschwanden nach dem Abschluss des 2. Kontrollratsabkommens vom 28. Juni 1946 fast gänzlich. Die Eingriffe der alliierten Kontrolle in den österreichischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmechanismus waren fortan gering und betrafen nur Bereiche, die vitale Interessen einer der vier Mächte tangierten, so z.B. das deutsche Eigentum, das die Sowjetunion als Kriegsentschädigung aufgrund der Potsdamer Beschlüsse beanspruchte.

In diesem 2. Kontrollabkommen sind übrigens die Zwecke, die der Notwendigkeit der alliierten Besatzung zugrunde gelegt wurden, sehr anschaulich umrissen worden. Es heißt da im Artikel 3, dass die vornehmlichsten Aufgaben der alliierten Kommission für Österreich folgende seien:

a) Die Einhaltung der Bedingungen der Erklärung über die Niederlage Deutschlands, die am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichnet wurde, in Österreich zu sichern.

b) Die Trennung Österreichs von Deutschland vollständig zu machen, die unabhängige Existenz und Integrität des österreichischen Staates aufrechtzuerhalten und, bis zur endgültigen Festlegung seiner Grenzen, die Unantastbarkeit derselben nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 zu sichern.

c) Die österreichische Regierung zu unterstützen, ein gesundes und demokratisches nationales Leben neu zu schaffen, gestützt auf eine wirksame Verwaltung, stabile wirtschaftliche und finanzielle Zustände und auf die Achtung vor Recht und Ordnung.

d) Die frei gewählte österreichische Regierung zu unterstützen, so bald wie möglich die volle Kontrolle der Staatsgeschäfte in Österreich auszuüben.

e) Die Aufstellung eines fortschrittlichen Erziehungsprogramms auf lange Sicht, das die Aufgabe hat, alle Spuren der Nazi-Ideologie auszumerzen und der österreichischen Jugend demokratische Grundsätze einzuprägen, zu sichern.“⁴

Schätzt man als Historiker objektiv ein, ob diese grundsätzlichen Ziele im Verlauf und als Ergebnis der Besatzungszeit erreicht wurden, so wird man das mit einem uneingeschränkten „Ja“ beantworten müssen.

Auch das Bild von der Allgegenwart der „Vier im Jeep“, der drückenden zahlenmäßigen Stärke der Besatzungstruppen und des Schärfegrades der Kontrollen an den Übergängen zwischen den Besatzungszonen, wie es in den Ausstellungen im Belvedere und auf der Schallaburg sowie in Populärmedien auch noch im heurigen Gedenkjahr vermittelt wurde, bedarf

der Revision. Spätestens ab 1953, als auch die Sowjetunion die Personenkontrollen an den Demarkationslinien aufhob, war von der Besatzung kaum mehr etwas zu bemerken. In Wien, wo schon immer das Passieren der Zonenbezirksgrenzen ungehindert möglich war, waren gegen Ende der alliierten Ära uniformierte Soldaten der vier Mächte im Straßenalltag kaum noch zu sehen, und wenn, dann nur bei parademäßigen Anlässen. Im Oktober 1954 gab es in Österreich 36.000 Mann der sowjetischen Besatzungsmacht, 15.000 Amerikaner, 2800 Briten und 542 Franzosen. Während die Präsenz der Alliierten in bestimmten Regionen und Städten sehr wohl augenscheinlich war, so der Amerikaner in Salzburg und der Russen im sowjetischen Hauptquartier in Baden bei Wien und rund um den Truppenübungsplatz Döllersheim im Waldviertel, waren andere Gegenden faktisch besatzungsfrei wie Vorarlberg und Tirol, und auch in Kärnten und in der Steiermark gab es nur ganz geringfügige britische Kräfte mehr.⁵ In der Endphase waren die Besatzer fast schon so etwas wie „austrifiziert“, was sich in wohlwollenden Gesten äußerte wie der Umwandlung der militärischen in zivile Hochkommissariate bei gleichzeitiger Akkreditierung von ihnen als Botschafter, in der Aufhebung aller Beschränkungen im Personen- und Güterverkehr und im Verzicht auf die Bezahlung der Besatzungskosten.

Das entscheidende und bedeutungsvollste politische Ergebnis der Besatzungszeit bestand aber darin, dass sie die verhängnisvollen großdeutschen Träume eines einst leider nur zu beträchtlichen Teils der Österreicher endlich zu Grabe trug, es zu einer unverkrampften und optimistischen Identifikation mit einem Kleinstaat kam und die Normen demokratischen Lebens ihre endgültige Verankerung und Festigung erfuhren. Der Unterschied zur Situation des unbesetzten Österreich nach 1918 liegt hier offen auf der Hand und ist wahrlich himmelweit.

Dritte Ebene, die *ökonomische*. Um sie richtig zu würdigen, muss man zur vergleichenden Perspektive der Lage nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg noch einen weiteren Blickwinkel dazugesellen, den von der heutigen Warte aus, des Zustands der Offensive des Großkapitals auf die Errungenschaften des Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Es ist kein Zufall, dass man im heurigen Gedenkjahr solche Tätigkeiten wie die der „Trümmerfrauen“ und die wirtschaftlichen Leistungen der so genannten „Wiederaufbaugeneration“ überschwänglich

gewürdigt hat, die große Rolle aber, die den Verstaatlichungen im ökonomischen Kontext zukam, tunlichst zu verschweigen suchte. Die Verstaatlichungen nach 1945 passen als Objekt der Erinnerungskultur ganz einfach nicht in das gegenwärtige Schema, wonach alles Heil für die Wirtschaft in Privatisierung besteht. Und es ist weiters kein Zufall, dass man beim Gedenken an den ökonomischen Bereich fast ausschließlich die schweren Lasten der Besatzungskosten, die Beschlagnahme des deutschen Eigentums durch die Sowjetunion und die so großen Schaden anrichtende Rolle der USIA-Betriebe in den Vordergrund gerückt hat, das alles kontrastiert zur hell und strahlend gezeichneten selbstlosen Hilfe der USA in Form des Marshall-Plans.

Was die Machteliten heute negativ sehen, muss man aber, sofern man ihnen nicht angehört, durchwegs positiv einschätzen. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Österreich, die Tatsache, dass sich der wichtigste Teil der österreichischen Großindustrie und des Bankwesens in deutschem Besitz befunden und zahlreiche Betriebe aller Sparten aktiven Nationalsozialisten gehört hatten, erfuhren 1945 einen grundlegenden Wandel. Vor der heranrückenden Roten Armee setzte eine massive Fluchtbewegung deutscher und faschistischer Eigentümer und Direktoren ein. In vielen Betrieben wurden unmittelbar nach der Befreiung Betriebsräte gewählt, die die Leitung der Unternehmen in die Hand nahmen und die Produktion wieder in Gang brachten. Mitte Mai 1945 setzte die Renner-Regierung für fast 6000 nunmehr „herrenlose“ Betriebe öffentliche Verwalter ein, die mit den Betriebsräten zu kooperieren hatten. Damit waren die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Österreich tief erschüttert, und vor allem das Großkapital hatte seine wirtschaftlichen Machtpositionen eingebüßt.

Die Verstaatlichung der Schwerindustrie, des Grundstoffsektors, der Energieerzeugung und der Großbanken, in Österreich – verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern, wo sie auch wie beispielsweise in Großbritannien stattfand – in besonders starkem Ausmaß betrieben, war ein gewaltiger Fortschritt, ungeachtet des Umstands, dass man sie in Österreich auch als Mittel betrachtete, die sowjetischen Ansprüche auf das ehemals deutsche Eigentum zu konterkarieren, und ungeachtet des Umstands, dass die Verstaatlichungen kein wirkliches Durchbrechen kapitalistischer Strukturen in Österreich nach sich zogen. Denn die verstaatlichten

Betriebe waren es, die über Jahrzehnte hinweg, bis in die 1980er Jahre, die Voraussetzungen für eine höhere soziale Sicherheit und bessere Kampfbedingungen für die hier Beschäftigten schufen, als sie in der Privatindustrie bestanden.

Letzteres gilt grundsätzlich auch für die USIA-Betriebe, die Sowjetische Mineralölverwaltung und die DDSG, die mit dem bekannten Befehl Nr. 17 des sowjetischen Hochkommissars Kurassow vom 27. Juni 1946 als ehemaliges deutsches Eigentum beschlagnahmt wurden. Betroffen waren rund 280 Industriebetriebe mit mehr als 50.000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der Großteil der österreichischen Erdölindustrie und 157.000 Hektar Grund und Boden, ferner Immobilien, Konzessionen, Patente, Handelsmarken, Konten und Wertgegenstände.⁶

Für die österreichische Arbeiterbewegung spielten diese im sowjetischen Besitz stehenden Betriebe eine insgesamt positive Rolle. Sie waren Vorreiter in vielen sozialökonomischen Fragen und waren wesentlich früher geneigt, allgemeine Forderungen nach sozialer Absicherung, Lohnanpassungen und Beihilfen zu erfüllen als die privaten und selbst die verstaatlichten Betriebe.

Ich bin weit davon entfernt, die USIA-Betriebe zu verherrlichen. Es gab schwerwiegende Probleme, denn sie wurden von der privaten und verstaatlichten Industrie sowie von den westlichen Ländern boykottiert und blieben ab Anfang der 1950er Jahre – die Erdölindustrie ausgenommen – technologisch immer mehr hinter der übrigen österreichischen Industrie zurück, die durch die Marshallplan-Gelder gefördert wurde, womit sie an Ansehen in der Arbeiterschaft verloren. Generell sind jedoch auch sie ein Faktor gewesen, der zur erheblichen Reduktion der Machtpositionen des österreichischen Kapitals beitrug, und das sogar eine erkleckliche Zeit über die Besatzungsära hinaus. Im Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 als Ergebnis der Verhandlungen, die den Durchbruch zum Staatsvertrag und zur Neutralitätserklärung brachten, wurde nämlich im Punkt 6 festgehalten:

„Die Bundesregierung wird nach Übergabe der deutschen Vermögenswerte in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich Maßnahmen herbeiführen, die eine Überführung dieser Vermögenswerte in das Eigentum ausländischer Staatsangehöriger einschließlich juristischer Personen privaten und öffentlichen Rechts ausschließt.



Bundeskanzler Leopold Figl bei der Eröffnung der Malinovskij-Brücke 1946.

*Ferner wird sie dafür Sorge tragen, dass gegen die bei den früheren USIA-Betrieben, bei den Betrieben der ehemaligen sowjetischen Mineralölverwaltung, der Aktiengesellschaft OROP und bei der DDSG Beschäftigten keine diskriminierenden Maßnahmen ergriffen werden.*⁷

Das bedeutete, dass die ehemaligen USIA-Betriebe nach 1955 zum allergrößten Teil in den verstaatlichten Sektor überführt wurden, Betriebe wie die Hütte Krems, die zur VÖEST Linz kam, oder die Korneuburger Schiffswerft, und damit dem Zugriff des Privatkapitals noch längere Zeit entzogen blieben.

Versucht man am Ende ein Resümee zu ziehen, so muss meines Erachtens festgestellt werden, dass die Besatzungszeit es war, die die entscheidende Voraussetzung dafür schuf, dass die gewaltigen politischen Errungenschaften, die durch den antifaschistischen Befreiungskampf der Völker im Zweiten Weltkrieg erwirkt wurden, in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, im Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 und im Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 ihre österreichische Ausprägung fanden. Die Besatzungszeit – und im Besonderen die Beteiligung eines mächtigen sozialistischen Landes an ihr – war es, in der die Weichen für den Weg gestellt wurden, der aus den Verstrickungen Österreichs in Kriege und Katastrophen hinausführte, wie sie unsere Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hatten, weg von den schlechten Traditionen dieser Vergangenheit hin zur eigentlichen Bestimmung Österreichs unter den Völkern der Welt: als friedliebender und neutraler Staat mit Einrichtungen öffentlicher Wohlfahrt und sozia-

len Sicherungsmechanismen für die Masse der arbeitenden Menschen.

In einer Zeit, in der das alles wieder gefährdet ist, ist das Festhalten an diesen Erneuerungen Österreichs nach 1945 eine Aufgabe, der höchste gesellschaftspolitische Priorität zukommt.

Anmerkungen:

1/ Claudia Kuretsidis-Haider, Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern vor Gericht. Die Engerau-Prozesse vor dem Hintergrund der justiziellen „Vergangenheitsbewältigung“ in Österreich (1945–1955), phil. Diss., Wien 2003, S. 61f.

2/ Oliver Rathkolb, Wie homogen war Österreich 1945? Innenpolitische Optionen, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, S. 163

3/ Klaus-Dieter Mulley, Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945–1948, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hrsg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955, Wien–Köln–Graz 1988, S. 398f.

4/ Abkommen zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik über den Kontrollapparat in Österreich, vom 28. Juni 1946 (2. Kontrollabkommen), zitiert in: Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz–Wien–Köln 1979, S. 345

5/ Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, 4. Aufl., Wien–Köln–Graz 1998, S. 581f.

6/ Manfred Rauchensteiner, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung, Wien 2005, S. 100

7/ Zitiert nach G. Stourzh, a.a.O., S. 667

„Teilungspläne“ und „Putschabsichten“

Die KPÖ im Gedenkjahr 2005

MANFRED MUGRAUER

Es war vor allem der so genannten „Koalitionsgeschichtsschreibung“ geschuldet, dass der maßgebliche Anteil der KPÖ am Wiederaufbau der Zweiten Republik bisher kaum Thema wissenschaftlicher Auseinandersetzung war. Maßgeblicher Interpretationsrahmen für die Analyse der KPÖ-Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit war in den ersten – vom kalten Krieg geprägten – Jahrzehnten die Sowjetisierungsthese, die in der KPÖ einen Hebel für die angeblichen Sowjetisierungsabsichten der Roten Armee sah. Die Absichtserklärungen der KPÖ zur demokratischen Zusammenarbeit wurden als bloß taktisch motiviertes Manöver, als Tarnung für die in Wahrheit versuchte Machtübernahme interpretiert. In dieser Sicht erscheint die Streikbewegung vom September und Oktober 1950 als Höhepunkt einer langen Reihe von Putschversuchen, als versuchter Staatsstreich. Die Sowjetisierungsthese samt Putschlegende dominierte die gesamte vom Kalten Krieg beeinflusste Geschichtsschreibung und Memoirenliteratur der ersten Nachkriegsjahrzehnte.¹

Ein wichtiger Hintergrund dieses Herangehens ist der mit dem Opfermythos korrespondierende „Aufbaumythos“, der die Zweite Republik in sozialpartnerschaftlicher Manier zu einer großkoalitionären Erfolgsstory umdeutet. Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges machte der antifaschistische Grundkonsens von 1945 rasch einem antikommunistischen Konsens Platz: Die Nachkriegsgeschichte erschien nun als Abwehrkampf gegen kommunistische Umsturzversuche, ÖVP und SPÖ präsentierten sich als Retter Österreichs vor der Verwandlung in eine kommunistische Diktatur.

Vereinzelte ist die Sowjetisierungs- und Putschthese auch heute noch anzutreffen, und nicht nur bei *Franz Olah*, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur, etwa bei *Roman Sandgruber* im Band „20. Jahrhundert“ der Reihe „Geschichte Österreichs“ aus dem Jahr 2003.² 1997 warf der Salzburger Historiker *Ernst Hainisch* am Zeitgeschichtetag die hypothetische Frage auf, ob die 68er-Geschichtsschreibung die „Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich“ unterschätzt habe.³ In abgeschwächter

Form ist die „Putschlegende“ auch in der im Vorjahr erschienenen Wirtschaftsgeschichte *Felix Butscheks* herauszulesen.⁴ Nicht wegzudenken ist sie aus der populärwissenschaftlichen Literatur.⁵

Erste ausgewogenere wissenschaftliche Beschäftigungen mit der KPÖ-Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit in den 1970er Jahren wiesen nach, dass die KPÖ zu keinem Zeitpunkt ein Instrument von Machtergreifungsplänen der Sowjetunion war und deuteten die KPÖ-Strategie als Anpassung an genau gegenläufige sicherheitspolitische Interessen der Sowjetunion, als Verzicht auf sozialistische Zielstellungen und im Grunde konservative Konzeption.⁶ Parallel dazu wurde in der zeitgeschichtlichen Literatur die Einschätzung des Oktoberstreiks als kommunistischer Putschversuch überwunden.⁷ Neuere, differenziertere Forschungen interpretieren die Politik der KPÖ weder als Tarnungsmanöver auf dem Weg zur Machtübernahme noch als defensiven Verzicht auf revolutionäre Zielsetzungen, sondern deuten ihre Volksfrontkonzeption – im Einklang mit den außenpolitischen Zielen der Sowjetunion – als „mehrstufige“, auf den „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ abzielende Strategie.⁸

Ungeachtet zeitgeschichtlicher Forschungen änderte sich jedoch wenig an der Langlebigkeit österreichischer Geschichtsmysen: In PolitikerInnenreden und in Zeitungsartikeln ist bis zum heutigen Tage immer wieder von den angeblichen Putschabsichten und Machtergreifungsplänen der KPÖ die Rede, so auch 2005. Prominentestes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Erklärung von Kanzler *Wolfgang Schüssel* im März dieses Jahres (bei einer Veranstaltung der *Europäischen Rundschau* zum 50. Jahrestag des Staatsvertrags in der Raiffeisen Zentralbank), dass die Putschpläne der KPÖ Realität gewesen seien, wobei er in diesem Zusammenhang den „mutigen Widerstand dagegen“ hervorhob.⁹ Insgesamt hat im Gedenkjahr 2005 der Beitrag der KPÖ zum demokratischen Wiederaufbau kaum Erwähnung gefunden: Überblickt man die zahlreichen Veranstaltungen, so war der Anteil der KommunistInnen an der Befreiung, die Tätigkeit der KPÖ in den ersten beiden

Nachkriegsregierungen, in den Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen, die praktische Aufbauarbeit der KommunistInnen kein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung.

Koplenig und Fürnberg in Moskau

In der Wissenschaftslandschaft und medial ist die KPÖ im Gedenkjahr 2005 vor allem in einer Hinsicht präsent gewesen, nämlich im Zusammenhang mit einem spektakulären Quellenfund in einem Moskauer Archiv: Dem Protokoll einer Aussprache des KPÖ-Vorsitzenden *Johann Koplenig* und Generalsekretärs *Friedl Fürnberg* mit *Andrej Zdanov*, dem für außenpolitische Fragen zuständigen Politbüromitglied der KPdSU am 13. Februar 1948 in Moskau, aus dem Pläne der KPÖ hervorgehen sollen, auf eine Teilung Österreichs hinzuwirken. Erstmals war von jenem Dokument Ende März in Zeitungsartikeln die Rede, in der Fernsehdokumentation von *Hugo Portisch* wurde es prominent platziert und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Im vollen Wortlaut wurde es von *Wolfgang Mueller* im Periodikum *Zeitgeschichte* veröffentlicht,¹⁰ im Herbst sind zwei Dokumenteneditionen über die Rote Armee und sowjetische Besatzungspolitik erschienen, die das Protokoll beinhalten.¹¹ Aufbewahrt wird dieses Dokument im *Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte* (RGASPI), dem ehemaligen Komintern- und Parteiarchiv der VKP(b) bzw. KPdSU.

Zu Beginn dieser Aussprache legte *Zdanov* die Position des ZK der KPdSU dar und kritisierte die Linie der KPÖ. Das ZK der KPdSU habe sich „mit den Materialien, die mit der Anreise der österreichischen Genossen verbunden sind, und den von ihnen gestellten Fragen vertraut gemacht [...]“: „Das ZK der KPdSU teilt nicht in allem die Position des ZK der KPÖ. Das ZK der KPdSU meint, dass bei den österreichischen Genossen nicht alles klar ist in Bezug auf die Perspektiven und die Taktik der Kommunistischen Partei. Das ZK der KPÖ baut seine Taktik darauf auf, dass die sowjetischen Truppen noch länger auf dem Territorium Österreichs bleiben sollen. Das ZK der KPdSU ist damit nicht einverstanden.“

Bei den österreichischen Genossen gab es sogar Gespräche darüber, dass eine Teilung Österreichs besser wäre als irgend eine andere Perspektive. Das ZK der KPdSU hält diese Einstellung für grundsätzlich unrichtig. Beide Einstellungen des ZK der KPÖ sind gegen das Prinzip der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs gerichtet und können daher nicht die Mehrheit des österreichischen Volkes zufrieden stellen.“

Schwerpunkt des Kampfes für die Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes müsse – gemäß der Deklaration der Kominform-Gründungskonferenz vom September 1947 – „auf die Entfesselung der inneren national-demokratischen Kräften in jedem Land gelegt werden“. Es gebe „keine Perspektive für die Entwicklung der KPÖ, wenn sie nicht den Kampf für die Festigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs anführt.

Im entgegen gesetzten Fall erwartet sie eine Sackgasse und Perspektivenlosigkeit.“ Die KPÖ müsse sich für den Abzug der Besatzungstruppen einsetzen und sich auf die danach anstehenden Aufgaben vorbereiten, so Zdanov.

Optimismus und Illusionen

Wie so oft stehen zeitgeschichtliche Forschungsergebnisse und ihre journalistische Präsentation auch in dieser Frage in einem alles andere als widerspruchsfreien Zusammenhang. Aus dem eben Berichteten wird in einem *Presse*-Artikel die Behauptung, dass die KPÖ die sowjetische Führung aktiv dazu gedrängt habe, die Teilung Österreichs ins Auge zu fassen.¹² Auch im *profil* ist von einem dahingehenden „Kurswechsel“ der KPÖ die Rede.¹³ Beiden Beiträgen ist gemein, die neu bekannt gewordenen Fakten möglichst spektakulär zu vermarkten. Um den Sensationswert zu unterstreichen, darf auch der Hinweis auf die bisher „streng geheimen Dokumente“, auf die sowjetischen „Geheimarchive“ nicht fehlen.

Winfried Garscha hat in einem Beitrag über die Regierungsarbeit Karl Altmanns darauf hingewiesen, dass das Dokument streng genommen eigentlich „nichts sen-



Andrej Zdanov, für außenpolitische Fragen zuständiges Mitglied des Politbüros der KPdSU.

sationell Neues“ beinhalte. Bereits in den 1970er Jahren hat Hilde Kopleinig in der Fernsehserie „Österreich II“ berichtet, dass es zwar einzelne Stimmen bis hinauf in die Parteiführung gegeben habe, die über die Möglichkeit einer Teilung sprachen, dass dies aber weder die offizielle Parteilinie noch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder darstellte.¹⁴ Auch Viktor Matejka hat 1970 in einem Aufsatz in der *Republik* davon gesprochen, dass manche Politbüro-Mitglieder davon ausgegangen seien, die Machtergreifung könne mittels Teilung des Landes oder aufgrund des dauernden Verbleibens der sowjetischen Truppen durchgeführt werden.¹⁵ In einer Sitzung des Zentralkomitees im Mai 1955 hob Matejka zwar die Leistung der KPÖ und aller Fortschrittskräfte hervor, die drohende Teilung Österreichs verhindert zu haben, erwähnte jedoch die Auffassung von Genossen, die eine solche befürworteten „und schon Posten verteilen“.¹⁶ Auch Beispiele aus der Memoirenliteratur ließen sich anführen: Ferdinand Wernigg, kommunistischer Mitarbeiter von Matejka im Stadtamt, erinnert sich an „Gedankenspielerereien“ dieser Art und erwähnt ein Gespräch mit einem KPÖ-Führungs-

mitglied, in dessen Rahmen ihm die Position eines Direktors der Nationalbibliothek in Aussicht gestellt wurde.¹⁷

Unzweifelhaft waren vor allem in der Parteibasis Auffassungen vorhanden, dass man aufgrund der Präsenz der Roten Armee den Weg zum Sozialismus abkürzen könne: Nach der Befreiung sahen viele den Übergang zur Volksdemokratie und zum Sozialismus als harmonischen und quasi automatischen Prozess, was nicht zuletzt auch mit dem in der kommunistischen Weltbewegung verbreiteten Geschichtsoptimismus zu tun hatte, der den Sozialismus weltweit auf einem unaufhaltsamen Siegeszug sah. Solange die Besatzungstruppen im Land seien, mag vielen auch im Jahr 1947 – entgegen den politischen Realitäten – die Frage der Macht als noch nicht entschieden erschienen sein. Vor diesem Hintergrund musste in einer Resolution des Zentralkomitees vom Juli 1956 – also nach Abschluss des Staatsver-

trages – Selbstkritik geübt worden. Problematisiert wurde der Zweckoptimismus dieser Jahre: Den Parteimitgliedern sei die schwierige Lage nicht genügend vor Augen geführt worden, die Situation sei von der Parteiführung zu optimistisch dargestellt worden. Vor allem in Wien und Niederösterreich, wo sich die KPÖ unter der Patronanz der sowjetischen Besatzungsmacht bedeutende Positionen aufbauen konnte, seien Illusionen geschürt worden.¹⁸

Beginnender Kalter Krieg

Spektakuläre Quellenfunde aus dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ können dem Moskauer Dokument keine entgegen gehalten haben. Weder in den Kurzprotokollen der Sitzungen des Sekretariats noch in den Wortprotokollen des Zentralkomitees findet sich ein Hinweis, dass Teilungsabsichten Gegenstand der Debatte gewesen sind. Es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Mitglieder des Zentralkomitees über die Aussprache in Moskau und deren Inhalt nicht informiert worden sein dürften. Klarerweise gab es auch keinerlei Beschlüsse, die in irgendeiner Art und Weise Teilungsabsichten zum



Friedl Fürnberg und Johann Koplenig bei der Geburtstagsfeier anlässlich des 60. Geburtstags des KPÖ-Vorsitzenden am 15. Mai 1951 im Wiener Konzerthaus.

Widerspruch zum Österreich-nationalen Kurs

Entscheidend ist, das Dokument aus dem Moskauer Archiv in den Gesamtkontext der KPÖ-Politik und -Strategie einzuordnen: Die genannten Überlegungen über eine Teilung Österreichs vom Februar 1948 standen im völligen Gegensatz zur KPÖ-Gesamtpolitik der unmittelbaren Nachkriegsjahre und auch im völligen Gegensatz zur Österreichpolitik der Sowjetunion. Vor allem standen sie im deutlichen Widerspruch zum Österreich-nationalen Kurs und Österreichpatriotismus der KPÖ. Es war ab 1945 die Orientierung auf die Einheit des Landes, aus der alle weiteren strategischen Überlegungen abgeleitet wurden. Die Bereitschaft der KPÖ, als „verantwortungsbewusste Staatspartei“ an der Provisorischen Regierung Renner und an der Konzentrationsregierung Figl teilzunehmen, entsprang vor allem einem Kalkül: Die drohende Zerreißung des Landes zu verhindern und mittels „demokratischer Zusammenarbeit“ mit SPÖ und ÖVP eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung Österreichs einzuleiten bzw. die Option darauf zumindest offen zu halten. Nachdem die Westmächte der Renner-Regierung zunächst die Anerkennung verweigerten, war die KPÖ vor diesem Hintergrund, eben um die Einheit des Landes zu wahren, zu weitgehenden innenpolitischen Konzessionen bereit: Sie verzichtete beinahe völlig auf Massenaktivitäten zur Durchsetzung ihrer Ziele und beschränkte sich auf Vereinbarungen auf Parteebene, was ihr eine große Kompromissbereitschaft abverlangte.²⁴

Auch die Österreichpolitik der Sowjetunion sah zu keinem Zeitpunkt eine kommunistische Machtübernahme und Eingliederung Österreichs in die sowjetische Einflussphäre vor. In den 1990er Jahren freigegebene Akten der Nachkriegsplanungskommissionen bestätigten, dass die Sowjetunion Österreich in ihren Konzepten einer neutralen Zone zuordnete. Im Vordergrund standen die Loslösung von Deutschland, die Verhinderung jeder Form von Teilnahme an einer Konföderation im Donauraum, sowie die Neutralisierung des Kleinstaates.²⁵ Entscheidend waren die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion („Deutsches Eigentum“). Darüber hinaus korrespondierte die sowjetische Österreichpolitik mit der KPÖ-Strategie, über eine Regierung der nationalen Front eine langfristige volksdemokratische Entwicklung („friedlicher Weg zum Sozialismus“) einzuleiten.

Inhalt hatten. Das Kurzprotokoll der Sekretariatssitzung vom 17.2.1948 – also in unmittelbarer Folge der Aussprache in Moskau – vermerkt nur lapidar, dass eine „politische Information“ von *Koplenig* zur Kenntnis genommen worden sei.¹⁹ So muss auch unklar bleiben, inwieweit auch die Mitglieder des engsten KPÖ-Führungskreis überhaupt über den Inhalt der Aussprache informiert worden sind.

Zum angeblichen „Kurswechsel“ der KPÖ ist also zu bemerken, dass allenfalls von Überlegungen im Kreise der engsten Parteiführung die Rede sein kann, und nicht von einer dahingehenden Parteilinie, wie etwa in *Presse* oder *profil* suggeriert wird. Insgesamt geht aus dem Dokument vom Februar 1948 – wie die oben zitierten Passagen zeigen – nicht mehr hervor, als dass auf der Ebene der Optionen über eine mögliche Teilung Österreichs gesprochen wurde. Dass eine solche Option zumindest erörtert wurde, mag vor dem allgemeinen internationalen und innenpolitischen Hintergrund des Jahres 1947 nicht sonderlich überraschen: 1947 war das Jahr wachsender Ost-West-Spannungen, in dem der Kalte Krieg endgültig ausbrach. Die Außenministerkonferenzen der Siegermächte waren hinsichtlich der Deutschen Frage ergebnislos verlaufen, die Spaltung Deutschlands wurde offensichtlicher. Im März 1947 verkündete der US-amerikanische Präsident die „Truman-Doktrin“ zur weiteren „Eindämmung“ des Kommunismus. Auf „Containment“ und Marshall-Plan reagierte das kommunistische Lager mit der Gründung des kommunistischen Informationsbüros und der Verkündung der „Zwei-Lager-Theo-

rie“. In Westeuropa war die Nachkriegsoffensive der Linkskräfte 1947 endgültig zum Stehen gekommen, die kommunistischen Parteien wurden aus den Regierungen hinausgedrängt. Im Osten und Südosten Europas wurde die volksdemokratische Entwicklung beschleunigt.

Teilungspläne waren bis zu diesem Zeitpunkt und in weiterer Folge vor allem von westlicher Seite bekannt. In den anglo-amerikanischen Nachkriegsplanungen war zunächst vorgesehen, dass Österreich Teil einer süddeutschen Konföderation werden sollte.²⁰ Im Mai 1945 gab es auf amerikanischer Seite Überlegungen, in Salzburg eine Gegenregierung zur Provisorischen Regierung Renner, die als sowjetische Marionettenregierung eingeschätzt wurde, zu bilden,²¹ in Tirol wurde im Umfeld *Karl Grubers* die Bildung einer Gegenregierung erwogen.²² Im Frühjahr 1948 begannen die US-amerikanische und britische Regierung mit der geheimen Wiederbewaffnung Österreichs, die westlichen Zonen Österreichs wurden in das Verteidigungskonzept Westeuropas eingebaut. In diesen Jahren ging auch die Bundesregierung daran, im Bündnis mit den westlichen Alliierten verdeckte Alarmformationen der Gendarmerie – die spätere B-Gendarmerie – aufzustellen. Das so genannte „Sonderprojekt“ unter der Ägide *Franz Olahs* sah vor, im Kriegsfall eine österreichische militärische Formation auf Seiten der Westalliierten einzusetzen. Die Staatsvertragsverhandlungen wurden von der westlichen Seite gebremst, um ein militärisches Vakuum beim Abzug der Besatzungstruppen zu verhindern.²³

Resümiert man die KPÖ-Politik dieser Jahre, so steht das Eintreten für die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, das Eintreten für den raschen Abschluss eines Staatsvertrages, geradezu im Mittelpunkt ihrer Programmatik und auch ihrer Politik. Der Kampf um den Staatsvertrag wurde von Beginn an als eine der Hauptaufgaben der Partei charakterisiert.²⁶ Bereits im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung Renner forderte *Ernst Fischer* am 24. Oktober 1945 den Abzug aller Besatzungstruppen.²⁷ In einer Resolution vom Juni 1946 wurde ihre Herabsetzung auf ein Minimum gefordert.²⁸ Mit der ZK-Resolution vom Jänner 1947 wurde eine regelrechte Kampagne für den Abschluss des Staatsvertrags und den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen eröffnet. Gleichzeitig wurde die Politik der Regierung Figl-Schärf als „Verschwörung gegen die österreichische Unabhängigkeit“, als Verrat an den nationalen Interessen Österreichs kritisiert.²⁹

Innenpolitische Schwäche und Neuorientierung

Eine definitive Klärung der Frage, warum dennoch unter KPÖ-Führungsmitgliedern die Teilungsoption Ende 1947 bzw. Anfang 1948 offenbar ernsthaft erörtert worden ist – und dies geht ja aus dem Dokument unzweifelhaft hervor –, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Dass eine Teilung Österreichs zu diesem Zeitpunkt manchen als offenbar vorteilhaftere Option erschienen sein mag, hängt meiner Meinung nach neben den genannten internationalen Entwicklungen vor allem mit Problemen der notwendigen Neuorientierung der KPÖ und damit verbundenen Unsicherheiten zusammen. Unmittelbar nach der Befreiung erschien die Orientierung auf eine Volksdemokratie und ein „neues Österreich“ antifaschistisch-demokratischen Zuschnitts mehr oder weniger als Tagesaufgabe. Spätestens nach den Novemberwahlen 1945 war jedoch klar, dass es sich dabei nur um langfristige Perspektive handeln konnte. Die volksdemokratische Orientierung wurde jedoch weitgehend in *der* Form beibehalten, wie sie im Anschluss an den VII. Weltkongress der Komintern in der Zeit des Exils entwickelt worden war. Der Übergang von SPÖ und ÖVP zu einer Politik der Westorientierung, die kapitalistische Restauration in Österreich, die Dauerkoalition von SPÖ und ÖVP, das Auseinanderfallen der Antihitlerkoalition und der beginnende Kalte Krieg im internationa-

len Maßstab wurden nur zögerlich eingeschätzt. Die Orientierung der KPÖ auf einen antifaschistischen Block der drei demokratischen Parteien mit dem Ziel einer volksdemokratischen Umwälzung entsprach 1947 längst nicht mehr den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen. Vor der KPÖ stand die Aufgabe, längerfristige, differenziertere Perspektiven zu erarbeiten.

Zu diesem Zeitpunkt, 1948, war die KPÖ bereits mehr oder weniger völlig in die innenpolitische Isolation geraten. Aus den Novemberwahlen 1945 war die KPÖ als Kleinpartei hervorgegangen; alle Versuche in den Folgejahren, die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen, scheiterten: Die Ende 1946 gestartete Neuwahlkampagne, von der sich die KPÖ eine Stärkung ihres Stimmenanteils erhoffte, blieb ergebnislos. Gespräche *Ernst Fischers* mit Repräsentanten der ÖVP 1947, die als „Figl-Fischerei“ in die Geschichte eingingen, brachten keine Stärkung des KPÖ-Einflusses in der Regierung, sondern beschleunigten ihre völlige Isolierung. SPÖ und ÖVP rückten noch enger zusammen und vertieften ihre Westorientierung. Der Regierungsaustritt der KPÖ im November 1947 blieb innenpolitisch völlig folgenlos: Es gab keine Regierungskrise und auch keine Neuwahlen.

In dieser Situation der innenpolitischen Schwäche und der Notwendigkeit der Erarbeitung einer neuen Orientierung kam plötzlich Bewegung in die Staatsvertragsverhandlungen, nachdem der „Cherriere-Plan“ einen Ausweg aus der Sackgasse der bisherigen Verhandlungen andeutete: Gegen eine Ablöse sollte das „Deutsche Eigentum“, der bisherige Zankapfel, an Österreich übergeben werden.³⁰ Die von der Sowjetunion geforderten 200 Millionen Dollar an Ablösezahlungen waren auch Gegenstand der Besprechung in Moskau im Februar 1948. Gegen Zahlung dieser Summe war die Sowjetunion offenbar bereit, ein Ende des Besatzungsregimes herbeizuführen. Für die KPÖ war klar, dass die österreichische Regierung diese Summe nicht aufbringen konnte, es hätten also die Amerikaner einspringen müssen, was die KPÖ klarerweise in propagandistischer Hinsicht in große Schwierigkeiten gebracht hätte.

Die neue sowjetische Linie dürfte die KPÖ offenbar vollkommen unvorbereitet getroffen haben: Gewiss dürfte es auch eine Rolle gespielt haben, dass sie durch den drohenden Abzug der sowjetischen Armee ihre maßgebliche Position bei-

spielsweise in den USIA-Betrieben gefährdet sah und ihr deshalb zum damaligen Zeitpunkt eine Prolongierung der Besatzung als vorteilhafter erschienen sein mag. Nach der Kritik *Zdanovs* musste *Koplenig* eingestehen, dass dieses Streben, „die sowjetischen Truppen so lange wie möglich auf dem Territorium Österreichs zu behalten, unrichtig gewesen“ sei. Zur Rechtfertigung hielt er jedoch *Zdanov* entgegen, dass die Anwesenheit der sowjetischen Truppen die von ihm geforderte Entwicklung der „inneren demokratischen Kräfte“ fördere. Ein Österreich ohne Besatzungstruppen würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ein solches Österreich sein, von dem die Moskauer Deklaration gesprochen habe, sondern ein Österreich unter dem völligen Einfluss der USA, so *Koplenig*.

Zdanov widersprach darauf erneut: auch die sowjetische Besatzung werde zu einem Hindernis für die demokratische Entwicklung Österreichs: „*Die Unabhängigkeit eines Landes kann sich nicht auf ausländische Truppen stützen. Die inneren demokratischen Kräfte und die Führung der Kommunistischen Partei sind die echte Stütze für die Unabhängigkeit. Ihr geht von einem Unglauben an eure Kräfte aus, aber wir gehen vom Glauben an diese Kräfte aus. Darin bestehen die ernstesten Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und euch.*“

Fehleinschätzung der Perspektive

Friedl Fürnberg deutete in seinem abschließenden Statement jene zwei Optionen an, die sich aus Sicht der KPÖ darstellten: „*Jene Lage, die derzeit in Österreich besteht, ist die für uns schlechteste Lage. Sie schafft eine Haltung der Perspektivlosigkeit und Passivität. Es gibt zwei Möglichkeiten der Beseitigung dieser Lage: 1) Wenn die internationale Lage nicht zulässt, in nächster Zeit die Besatzungstruppen aus Österreich abziehen, dann wäre der beste Weg – die Teilung Österreichs; 2) Je früher der Staatsvertrag mit Österreich geschlossen wird, desto besser.*“ Zum einen spiegelt dieses Statement die zuvor angesprochene offizielle KPÖ-Linie dieser Jahre wider: Der sofortige Abschluss des Staatsvertrags wird als bevorzugte Option ins Treffen geführt. Warum als Ausweg aus der drohenden Sackgasse das Szenario einer Teilung angesprochen wird, hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass die von *Fürnberg* angesprochene Desillusionierung über die innenpolitische Entwicklung von einem übertriebenen Opti-

mismus begleitet wurde, der an die Entwicklungen in Osteuropa anknüpfte: Offenbar fühlten sich die KPÖ-Spitzen durch die Umwälzungen in Osteuropa, konkret ging es 1947 um die Ereignisse in Ungarn, beflügelt. Wortmeldungen von *Ernst Fischer*, *Friedl Fűrberg* und *Johann Kopenig* am ZK-Plenum im Mai 1947 verdeutlichen ihre völlige Fehleinschätzung der Perspektive: „*Wir sind die Sieger von morgen, das sagen wir nicht als Phrase, als Agitation, als Propaganda. [...] die Würfel sind gefallen, das Schicksal des österreichischen Volkes ist entschieden, wie die Entwicklung der Völker in unserer Umgebung*“, führte *Ernst Fischer* aus.³¹ *Kopenig* unterstrich in seinem Schlusswort die Auffassung von *Fűrberg*, „*daß die Frage der Entwicklung in Österreich auf Grund der Moskauer Konferenz (gemeint sind die Staatsvertragsverhandlungen im März und April 1947, Anm.) im großen gesehen bereits entschieden ist, und zwar entschieden in der Weise, daß Österreich keine amerikanische Kolonie, kein Bollwerk und kein Brückenkopf reaktionärer und imperialistischer Kräfte des Westens sein wird, sondern daß Österreich den Weg gehen wird, den unsere Nachbarn in den anderen Ländern, in der Tschechoslowakei, Ungarn usw. gehen*“.³²

Ein womöglich entscheidender Gesichtspunkt, der die Einordnung des Dokuments erleichtert, ist ferner der bevorstehende Kominform-Konflikt: Die von *Peter Ruggenthaler* wohl zutreffend als „Canossagang“³³ interpretierte Moskauer Reise von *Kopenig* und *Fűrberg* erfolgte möglicherweise weniger vor dem Hintergrund der notwendigen Klärung Österreich-politischer Fragen, sondern im Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden sowjetisch-jugoslawischen Konflikt. Die bisher veröffentlichten Quellen zeigen, dass den KPÖ-Führungsmitgliedern von Mitgliedern der jugoslawischen Parteiführung, namentlich von *Kardelj* und *Djilas*, geraten worden war, in der sowjetisch besetzten Zone einen Separatstaat zu errichten. Auch den Führern der italienischen KP wurde Unterstützung im Falle einer Machtergreifung in Norditalien zugesichert.³⁴ *Friedl Fűrberg* führte gegenüber *Zdanov* auch diese Ratschläge, die von der ZK-Abteilung für Außenpolitik der KPdSU als „abenteuerlich“ verurteilt wurden,³⁵ als Rechtfertigung an. Die Frage, inwieweit diese Empfehlungen der jugoslawischen Parteiführung die KPÖ-Spitzen in ihren Überlegungen beeinflussten, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht klären. Womöglich waren sie

vor dem Hintergrund der Unklarheit der internationalen Entwicklung im zeitlichen Umfeld der Kominform-Gründungskonferenz sogar ausschlaggebend dafür, dass in KPÖ-Führungskreisen über die Teillungsoption nachgedacht wurde.

Putschabsichten und „Aktionsplan“

Abschließend zu den angeblichen Putschabsichten der KPÖ in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Aufschwung erhielt die Sowjetisierungsthese erneut gegen Ende der 1980er Jahre durch einen Quellenfund des österreichisch-amerikanischen Historikers *Günter Bischof*: Dieser machte im Pariser Militärarchiv einen angeblichen Putschplan der KPÖ vom 15. November 1948 ausfindig, der auf 40 Seiten sehr detailliert die Machtübernahme der KPÖ in Wien durch 17.000 Aktivisten vorsieht und der französischen Besatzungsmacht in die Hände fiel. *Bischof* hat seither in zahlreichen Publikationen dieses als „Aktionsplan“ bezeichnete Dokument als Beleg für die angeblichen Putschabsichten der KPÖ herangezogen.³⁶ Anknüpfend an die Beiträge *Bischofs* findet sich nunmehr wieder in beinahe sämtlichen zeitgeschichtlichen Publikationen die neue „Sprachregelung“, dass die HistorikerInnen „immer noch geteilter Meinung“ seien über die Echtheit der angeblichen KPÖ-Putschpläne.³⁷

In einer allgemeinen „Einführung“ des „Aktionsplans“ heißt es, das Zentralkomitee der KPÖ habe beschlossen, „alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig sind, um im gegebenen Falle alle reaktionären und dem westlichen Kapitalismus hörigen, arbeiterfeindlichen Elemente schlagartig auszuschalten“. Eine „Generaleinsatzstelle“ sollte die Aktivitäten in zehn verschiedenen Abschnitten leiten. Im „Einsatzplan“, dem Herzstück des Aktionsplans, wurde detailliert festgelegt, welche öffentlichen Stellen und Gebäude – bis hin zu Sektionslokalen von SPÖ und ÖVP – besetzt und welche wichtigen Personen festgenommen werden sollten, allen voran *Leopold Figl*, *Adolf Schärff*, *Julius Raab*, *Karl Gruber* und *Oskar Helmer*. Sonderbeauftragte sollten wichtiges Aktenmaterial sicherstellen.³⁸

Gerüchte über einen bevorstehenden kommunistischen Putschversuch waren ab 1947 verstärkt verbreitet worden: gewarnt wurde vor einem kommunistischen Umsturz in Österreich nach ungarischem Muster. Insgesamt ist der Zusammenhang zu internationalen Entwicklungen auffällig: Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Fe-

bruar 1948 erhielten die Putschgerüchte neuen Auftrieb, sie intensivierten sich weiter bis zur Berlin-Krise im Herbst 1948. Vor allem die US-amerikanischen Geheimdienstberichte illustrieren diese – wie *Manfried Rauchensteiner* schreibt – „kaum überbietbare Gerüchtewelle“.³⁹ Im September 1948 war im steirischen SPÖ-Organ gar von einer Kominform-Direktive an die KPÖ die Rede, auch in Österreich auf dem Putschwege die Volksdemokratie zu errichten.⁴⁰

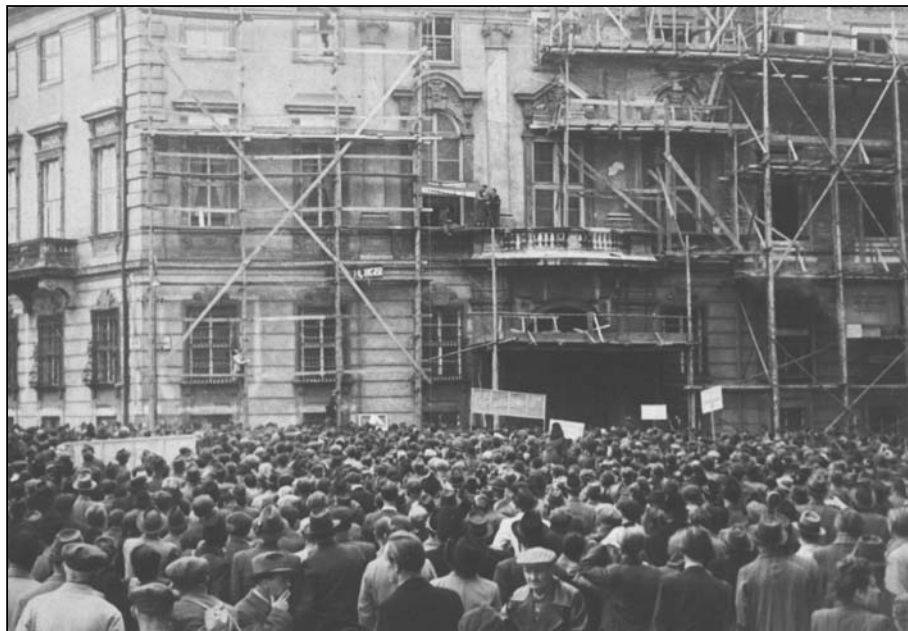
Hinzuweisen ist auf zwei innenpolitische Aspekte: Die KPÖ versuchte sich nach dem Ausscheiden aus der Regierung als Oppositionspartei zu profilieren und forcierte die außerparlamentarische Aktivität. Es waren vor allem die maßgeblich von den KommunistInnen inspirierten Streiks im März 1948 und die Lohnbewegungen im Herbst, die nun als Putschversuche interpretiert wurden. Insgesamt ist die Gleichzeitigkeit von Putschgerüchten und den Lohn-Preis-Abkommen der Jahre 1947, 1948 und 1950 auffällig: Der Wirtschaftshistoriker *Fritz Weber* schreibt, dass hier „der funktionale Antikommunismus der Sozialisten eine Art Bannfluch gegen Streikaktionen“ war, „die unter kommunistischer Führung stehen mußten, weil die sozialistischen Gewerkschafter Streiks zu verhindern suchten“.⁴¹ Widerstände gegen soziale Belastungen wurden sofort als kommunistische Putschvorbereitung qualifiziert, sämtliche Protestformen wurden als kommunistische Umsturzversuche denunziert.

Von Bedeutung ist auch der Zusammenhang der Putsch-Metapher zu den Wiederaufrüstungsplänen der Bundesregierung und der Westmächte: „Als abstraktes Bedrohungsszenario blieb die kommunistische Gefahr [...] maßgebliches Element der Legitimierung der Remilitarisierung“, argumentiert *Christian Stifter*.⁴² Die Putsch-Metapher wurde bewusst in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung kurz- bzw. langfristiger Ziele im Kalten Krieg eingesetzt, schreibt *Oliver Rathkolb*.⁴³

Neben diesen beiden Gesichtspunkten belegt jedoch bereits eine formale Analyse des „Aktionsplans“ meiner Einschätzung nach, dass es sich bei diesem Dokument um eine ausgesprochen plumpe Fälschung handeln muss: *Knoll* und *Haidinger* haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Maschinschrift des Exposees ein Schriftbild einer Schreibmaschine zeige, „die eindeutig erst nach 1948 in Verwendung war“.⁴⁴ Im Briefkopf des Planes wird eine „Landeslei-

tung Wien“ der KPÖ angeführt, obwohl das Leitungsgremium der Wiener KPÖ damals wie heute als „Wiener Stadtleitung“ bezeichnet wurde und wird. Eine Aktenzahl „Präs. 311/VI-IX/48 K-M/D-U/H-F“, die in keiner Weise mit dem sonst üblichen KPÖ-internen Schriftverkehr im Zusammenhang steht und wohl auf Initialen von KPÖ-Führungsmitgliedern und der Planausarbeiter verweisen soll, leitet das Dokument ein. Es mangelt im Dokument nicht an Hinweisen auf frühere Operationspläne und Direktiven, alle mit Aktenzahlen versehen. Als die drei Autoren des Aktionsplans werden *Heinrich Dürmayer*, *Max Umschweif* und *Franz Marek* angegeben. Während *Dürmayer* und *Umschweif* nach 1945 zumindest an leitender Stellung in der Staatspolizei tätig waren, ist die Nennung von *Franz Marek* wenig plausibel. Als Chefredakteur des KPÖ-Theorieorgans *Weg und Ziel* war Marek gewiss stärker mit ideologischen Fragen als mit Fragen von Generaleinsatzstellen, Straßenkontrollen und Kurierdiensten beschäftigt.

Einigermaßen konstruiert mutet die Zusammensetzung der Generaleinsatzstelle an: Die politische Leitung oblag dem Parteivorsitzenden *Koplenig*, die strategische Leitung General i. R. *Fritz Franek*. *Franek*, Kommandeur der Wiener Reichsgrenadierdivision Hoch- und Deutschmeister, war 1944 an der Ostfront festgenommen worden und trat in der Endphase des Krieges im Sinne der Exilkonzeptionen der KPÖ im Moskauer Rundfunk für ein unabhängiges und demokratisches Österreich ein.⁴⁵ Nach seiner Rückkehr im Jahr 1948 kursierten Gerüchte, dass er als Kommandeur des USIA-Werkschutzes tätig sein sollte, was *Franek* stets dementierte.⁴⁶ Für Kurierdienste verantwortlich zeichnete *Franz Marek*, für den Sanitätsdienst ein in KPÖ-Kreisen nicht bekannter Dr. *Anton Roth*. Polizeichefarzt *Emanuel Edel* wäre ein dieser Stelle wohl plausibler gewesen. Für den Verpflegungsdienst war *Hella Postraneky* zuständig, die zu dieser Zeit in der Frauenarbeit der KPÖ tätig war. Für die Verpflegung der Putschisten prädestinierte sie Ende 1948 wohl nichts mehr, als dass sie in der Renner-Regierung 1945 Unterstaatssekretärin für Volksernährung war. Als Abschnittskommandanten werden *Max Umschweif*, *Gottlieb Fiala*, *Ludwig Berg*, *Otto Horn*, *Theodor Maller*, *Josef Lauscher*, *Otto Brichacek*, *Laurenz Gerner*, *Josef Kral* und *Fritz Weissenböck* genannt. Als Kurier ist statt *Leopold Spira* fälschlicherweise von *Franz Spira* die Rede.



Die „Hungerdemonstration“ am 5. Mai 1947 vor dem Bundeskanzleramt wurde zum ersten „Putschversuch“ der KPÖ stilisiert.

Insgesamt ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass Putschpläne wie der „Aktionsplan“ der KPÖ aus der Produktion westlicher Geheimdienste – oder gar der österreichischen Staatspolizei⁴⁷ – stammen, um die Ängste der Bundesregierung und der österreichischen Bevölkerung vor einer permanenten kommunistischen Gefahr zu stärken.⁴⁸

Resümee

Aus meiner Sicht erledigt sich die Putschthese nunmehr auch vor dem Hintergrund des sowjetischen Dokuments vom Februar 1948: In sämtlichen neueren sowjetischen Quellen gibt es keinerlei Hinweise auf von der Sowjetunion gesteuerte Umsturzversuche in Österreich. Dass die KPÖ-Führung ohne Unterstützung der sowjetischen Regierung – konkret im November 1948, also neun Monate nach der Aussprache in Moskau – an die Ausarbeitung solcher abenteuerlicher Pläne ging, die mit der Gefahr der Entfesselung eines Weltkriegs verbunden gewesen wären, ist meiner Einschätzung nach völlig ausgeschlossen. Die angeblichen Putschabsichten der KPÖ dürften rundweg ins Reich der Lebenden zu verweisen sein.

Die Überlegungen im Zusammenhang mit der Teilungsoption deuten hingegen ein reales Problem an: Es geht nicht darum, dass die KPÖ mit ihrem Eintreten für den Staatsvertrag ihre wahren Interessen tarnen wollte; nicht Machtübernahmepläne sind der entscheidende Bezugspunkt für die Überlegungen hinsichtlich einer Teilung Österreich. Wie gezeigt fällt das Nachdenken über die

Teilungsoption in eine Phase der Umorientierung, in der die Notwendigkeit der Entwicklung einer neuen Perspektive offensichtlich wurde. Aus meiner Sicht ist dieser Gesichtspunkt der entscheidende Zusammenhang, in den diese Überlegungen einzuordnen sind: Sie reflektieren primär Unsicherheiten dieser Neu- und Umorientierung.

Kam bereits im Gefolge des VII. Weltkongresses der Komintern im Jahr 1935 der wesentliche Impuls zur damaligen strategischen Wendung – hin zur Politik der antifaschistischen Einheits- und Volksfront – von außen, von der Komintern und *Georgij Dimitrov*, so kann auch am Beispiel der Moskauer Aussprache im Februar 1948 gezeigt werden, dass die sowjetische Einflussnahme unmittelbare Folgen zeigte: im konkreten Fall zum Nutzen Österreichs und zum Nutzen der KPÖ. Es war die sowjetische Führung, die entschieden gegen eine Spaltung Österreichs auftrat und der KPÖ den endgültigen Anstoß für die Einleitung einer längerfristigen Perspektive gab.

Dass die sowjetische Kritik Klarheit brachte, belegen auch KPÖ-interne Quellen: Wenige Wochen nach der Aussprache behandelte das ZK-Plenum im März 1948 schwerpunktmäßig den Kampf der KPÖ um den Staatsvertrag. Das Referat von *Ernst Fischer* wurde in hoher Auflage von 15.000 Exemplaren⁴⁹ mit dem Titel „Ende der Besetzung“ als Broschüre verbreitet.⁵⁰ Anknüpfend an die Ratschläge von *Andrej Zdanov* ging *Koplenig* nunmehr soweit, die Anwesenheit der Sowjettruppen in Österreich unter den gegenwärtigen Bedingungen als

„Erschwerung“ zu bezeichnen. Nach Abzug aller Besatzungstruppen werde sich der Klassenkampf in Österreich erleichtern, so *Koplenig*.⁵¹ Selbstkritisch wurde von den Rednern festgestellt, dass das bisherige Eintreten der KPÖ für Unabhängigkeit, Souveränität und Staatsvertrag bisher über die bloße Deklaration nicht hinausgekommen sei. Es sei bisher nicht einmal gelungen, die eigenen Genossen von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen.⁵² In seinem Schlusswort unterstrich *Fischer* noch einmal, dass der Kampf um den Staatsvertrag und die Unabhängigkeit „nicht einfach Agitation“ sei: „Dieser Kampf ist absolut ernst gemeint, nicht dass einzelne Genossen vielleicht augenzwinkernd hingehen und sagen aus propagandistischen Gründen stellen wir das mehr in den Vordergrund.“⁵³

Die vom Plenum verabschiedete Resolution kritisierte die Verschleppung des Staatsvertrags durch die Westmächte und die beiden Koalitionsparteien und forderte den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen.⁵⁴ Diese Linie blieb für die KPÖ bis 1955 bestimmend. In weiterer Folge rückte das Eintreten für die Neutralität in den Mittelpunkt der kommunistischen Staatsvertragspropaganda, ja in den Mittelpunkt ihrer Politik überhaupt. Die Neutralitätspropaganda der Kommunisten hatte nicht zuletzt zur Folge, dass die Neutralitätsthematik in der öffentlichen Debatte der Jahre 1950 bis 1954 vollkommen in den Hintergrund gedrängt wurde, vor allem nach dem gescheiterten Generalstreikversuch im Oktober 1950. Dennoch war es die außenpolitische Option der Neutralität, die 1955 den Durchbruch zum Abschluss des Staatsvertrages brachte, weshalb die KPÖ zu Recht – und daran ändern auch die neu bekannt gewordenen Fakten nichts – auf ihr Engagement für Staatsvertrag und Neutralität hinweisen konnte.

Anmerkungen:

1/ Exemplarisch Stearman, William Lloyd: Die Sowjetunion und Österreich 1945–1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen. Bonn u.a. 1962; Bader, William B.: Austria Between East and West 1945–1955. Stanford 1966, sowie Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953; Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955.

2/ Er spricht dort vom Oktoberstreik als letztes Aufflammen „einer auf eine gewaltsame Machtübernahme gerichteten kommunistischen Aktivität in Österreich“ (Sandgruber, Roman:

Das 20. Jahrhundert. Wien 2003, S. 128).

3/ Hanisch, Ernst: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, in: Diendorfer, Gertraud/Jagschitz, Gerhard/Rathkolb, Oliver (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichischer Zeitgeschichtetag 1997. Innsbruck, Wien 1998, S. 37–45, hier S. 39.

4/ *Butschek* spricht von „putschartigen Aktivitäten“ der KPÖ (Butschek, Felix: Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien u.a. 2004, S. 25).

5/ Aktuellstes Beispiel: Rohrhofer, Franz X.: Oberösterreich 1945–1955. Wiederaufbau und Neubeginn. Linz 2005. Dort ist vom „dunkelroten Putschversuch“ der KPÖ die Rede (S. 167).

6/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977; Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien 1979.

7/ Z.B. Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Brigittenau und Floridsdorf und des Instituts für Wissenschaft und Kunst. Wien 1991.

8/ Exemplarisch für mehrere Beiträge von *Wolfgang Mueller*: Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin 2005, S. 141–170. Auch meiner Arbeit über die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner liegt die Interpretation der programmatisch-strategischen Orientierung der KPÖ als Etappenkonzeption, als „Strategie der Übergänge“, die auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus als längerfristigen Prozess abzielte, zugrunde (Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner. Diplomarbeit Universität Wien 2004, bes. S. 85–132).

9/ Vgl. Brünner, Peter: Aus Vranitzkys und Schüssels Geschichtsbuch, in: *Der Standard*, 1.4.2005, S. 7.

10/ Mueller, Wolfgang: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: *Zeitgeschichte*, 32. Jahrgang, Heft 1, Jänner/Februar 2005, S. 47–54. Die nachfolgenden Zitate folgen dieser Übersetzung *Muellers*.

11/ Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara/Tschubarjan, Alexander (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente. Graz u.a. 2005, S. 727–733; Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien 2005, S. 453–465.

12/ Bischof, Burkhard: KPÖ drängte auf Teilung Österreichs, in: *Die Presse*, 30.3.2005.

13/ Lackner, Herbert: Das Ringen mit dem Bären, in: *profil*, Nr. 15, 11.4.2005, S. 34–40, hier S. 38f.

14/ Garscha, Winfried R.: Die KPÖ in der Konzentrationsregierung 1945–1947: Energieminister Karl Altmann, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jahrgang (2005), Nr. 3, S. 1–6, hier S. 6, Anm. 5.

15/ Matejka, Viktor: KPÖ im Niedergang, in: *Die Republik. Staatspolitische Blätter des österreichischen Nationalinstituts*, Heft 1, März 1970, S. 21–28, hier S. 23.

16/ Alfred Klahr Gesellschaft (AKG), Zentrales Parteiarchiv der KPÖ (ZPA), Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 20.5.1955, Beilage 25, S. 1.

17/ DÖW-Bibliothek Nr. 26059, Ferdinand Wernigg: Ausführliche Niederschrift über Ereignisse und Personen in den Jahren 1914–1968, Bd. V: Die Jahre 1945–1968, S. 153.

18/ Resolution der 12. Plenartagung des Zentralkomitees der KPOe, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 164, 17.7.1956, S. 4.

19/ AKG, ZPA, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats der KPÖ am 17.2.1948.

20/ Vgl. Fellner, Fritz: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1. Graz u.a. 1972, S. 53–90, hier S. 64.

21/ Vgl. Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 25.

22/ Vgl. Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit (wie Anm. 1), S. 28; Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung. Wien u.a. 1985, S. 110.

23/ Vgl. dazu die Beiträge in: Blasi, Walter/Schmidl, Erwin A./Schneider, Felix (Hg.): B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag. Wien u.a. 2005.

24/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jahrgang (2005), Nr. 2, S. 1–8.

25/ Zur sowjetischen Österreich-Planung und -Politik 1938–1945 vgl. Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien u.a. 2005, S. 17–46.

26/ Z.B. Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947, in: *Weg und Ziel*, Nr. 2/47, S. 148–151, hier S. 148.

27/ Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jerábek. Wien 2003 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 3), S. 190.

28/ Wir rufen zur entscheidenden Wendung.

Beschlüsse der Kommunistischen Partei, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 143, 22.6.1946, S. 1.

29/ Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947 (wie Anm. 25), S. 148.

30/ Vgl. Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 125.

31/ AKG, ZPA, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 14, S. 10.

32/ Ebd., Beilage 23, S. 1.

33/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge. Graz u.a. 2005, S. 650–726, hier S. 671.

34/ Gibanskij, L. Ja.: Kominform v dejstvii. 1947–1948 gg. Po archivnym dokumentam, in: *Novaja i novejsaja istorija*, 1996, Nr. 2, S. 165f., zit. nach Gräfe, Karl-Heinz: Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948, in: *UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen*, Heft 84, Oktober 1997, S. 51–60, hier S. 58.

35/ Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fond 17, Bestand 128, Mappe 1163, Bl. 9–24, hier Bl. 17f., zit. nach Muraschko, Galina P./Noskowa, Albina F./Wolokitina, Tatjana W.: Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der „nationalen Wege zum Sozialismus“, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994. Berlin 1994, S. 9–37, hier S. 24f.

36/ U.a. Bischof, Günter: „Prag liegt westlich von Wien“: Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, in: ders./Leidenfrost, Josef (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949. Innsbruck 1988, S. 315–345, bes. S. 333–338; ders.: „Austria looks to the West“. Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, in: Albrich, Thomas u.a. (Hg.): Österreich in den Fünfzigern. Innsbruck, Wien 1995, S. 183–209.

37/ Z.B. Schmidl, Erwin A.: „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne. Wien u.a. 2000, S. 171–192, hier S. 176.

38/ KPÖ, Landesleitung Wien, Aktionsplan v. 15.11.1948. Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments bin ich *Oliver Rathkolb* zu Dank verpflichtet.

39/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4 (wie Anm. 29), S. 304, Anm. 24.

40/ *Neue Zeit*, 12.9.1948, zit. nach: Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien 1986, S. 130.

41/ Ders.: Die Angst der Parteiführung vorm

Klassenkampf. Die SPÖ 1945–1950, in: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien 1988, S. 11–21, hier S. 19.

42/ Stifter, Christian: Die Wiederaufrüstung Österreichs. Die geheime Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen 1945–1955. Innsbruck, Wien 1996, S. 94.

43/ Rathkolb, Oliver: Die „Putsch“-Metapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich, 1945–1950, in: Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): Der Oktoberstreik 1950 (wie Anm. 6), S. 113–123, hier S. 113.

44/ Knoll, Reinhold/Haidinger, Martin: Spione, Spitzel und Agenten. Analyse einer Schattenwelt. St. Pölten u.a. 2001, S. 309.

45/ Vgl. Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner (wie Anm. 7), S. 39f.

46/ Vgl. Kraml, Elisabeth: General Dr. Fritz Franek. Diss. Univ. Wien 1983, S. 171ff.

47/ Vgl. die Argumentation in Knoll, Reinhold/Haidinger, Martin: Spione, Spitzel und Agenten (wie Anm. 43), S. 308f.

48/ Vgl. Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55 (wie Anm. 32), S. 669.

49/ AKG, ZPA, Archiv des Globus-Verlags, Produktionsmappe „Der Ausweg“.

50/ Fischer, Ernst: Der Ausweg: 2. Ende der Besetzung! Unser Kampf um Staatsvertrag und Souveränität. Wien 1948.

51/ AKG, ZPA, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, 3 S., Beilage 44, S. 8.

52/ Dahingehend äußerten sich etwa *Otto Fischer* und *August Moser* (ebd., Beilage 8 und 10).

53/ Ebd., Beilage 13, S. 1.

54/ Wie rufen zu einer Volksbewegung für Freiheit und Unabhängigkeit. Oesterreich braucht den Staatsvertrag um nicht zu verkümmern, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 62, 13.3.1948, S. 1.

AKG–Generalversammlung 2005

Am Samstag, 26. November 2005, fand in Wien-Wieden, Gußhausstraße 14, die ordentliche Generalversammlung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT statt. Auf ihr wurden wichtige Veränderungen beschlossen. Im Einvernehmen mit den Eigentümernvertretern des Parteiarchivs der KPÖ wurde festgelegt, die AKG aus ihrer Funktion als Verwalterin des Parteiarchivs zu entlassen, deren Wahrnehmung aus finanziellen und personellen Gründen seit Ende 2003 in professioneller Weise nicht mehr möglich war. Das bedeutet, dass die AKG künftig als Verein mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit tätig sein wird. Im Rahmen dieser Aufgabe wird die AKG mit der KPÖ Steiermark zusammenarbeiten und von ihr für Leistungen, die sie für den zu gründenden KPÖ-Bildungsverein Steiermark erbringt, finanzielle Unterstützung erhalten.

Der Fortfall der Agenden der Archivverwaltung machte die Anpassung des Vereinsstatuts an die neuen Gegebenheiten notwendig, wofür zwei Anträge der Generalversammlung unterbreitet wurden. Nach ausführlicher Diskussion und Zusammenführung der am besten geeigneten Formulierungen auf Vorschlag Dr. Walther Leeb's wurde das neue Statut mit großer Mehrheit zum Beschluss erhoben. Der nunmehrige Name unseres Vereins lautet: *Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung*.

Da 2005 die vierjährige Periode des Vorstands und die sechsjährige Periode der RechnungsprüferInnen abliefen, war deren Neuwahl erforderlich. Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Vorstands ergaben sich durch die von Präsidenten Hans Hautmann schon seit längerer Zeit angekündigte Zurücklegung seiner Funktion sowie die von Winfried Garscha als Schriftführer und von Claudia Kuretsidis-Haider als Vizepräsidentin. Während die bisherigen RechnungsprüferInnen (Heinz Allwein, Hannelore Steindl, Renate Vodnek) in ihrem Amt bestätigt wurden, erbrachte die für beide Vereinsorgane geheim abgehaltene Wahl für den Vorstand folgendes Ergebnis:

Walther Leeb (Präsident), Irma Schwager (Vizepräsidentin), Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), Hans Mikosch (Schriftführer), Friederike Lerch (Kassierin), Winfried Garscha, Peter Goller, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Elke Renner, Elisabeth Rzy, Thomas Schönfeld, Christine Schindler, Fini Seif, Valentin Sima und Willi Weinert.

Für Jänner 2006 sind vertiefende Gespräche mit den VertreterInnen der steirischen KP über die künftigen Formen des Zusammenwirkens anberaumt. Die Perspektiven der AKG sind nach diesen Veränderungen insgesamt günstig, und es liegt jetzt an uns, den neuen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Helene Bauer gegen die neoliberal bürgerliche Ideologie von Ludwig Mises (1923)

PETER GOLLER

Helene Bauer (1871–1942), die als geborene Gumpowicz 1894/95 an der Universität Zürich inskribiert war, dort 1905 als damalige Helene Landau-Gumpowicz mit einer Dissertation „Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich“ promoviert worden war, (vgl. *U. Helfenstein: Zürcher Universitätsmatrikel online, Nr. 10388 und 10729*) arbeitete zeitlebens wissenschaftlich in der Arbeiterbildung von Gewerkschaft und SDAP.

So ist auch Helene Bauers Abhandlung 1923 in der von Arbeiterkammer, Gewerkschaftskommission und von den Betriebsräten Österreichs herausgegebenen Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ (1923 bis zum Feber 1934 erschienen) zu verstehen, die ihrer Gegenwartsrelevanz wegen im Anhang abgedruckt wird!

Wie Rosa Luxemburg – diese war in Zürich schon 1897 mit einer Studie über die Entwicklung des Kapitalismus in Polen promoviert worden – war auch Helene Bauer in der polnischen Sozialdemokratie aktiv. Mit der marxistischen Theorie, mit der fortschrittlichen „wissenschaftlichen Weltauffassung“ vertraut galt Helene Bauers Hauptaugenmerk dem sozialistischen Befreiungskampf im Umfeld der österreichischen Sozialdemokratie, im Umfeld des „Roten Wien“. Jahrelang bis zum Verbot 1934 war sie Redakteurin des theoretischen Organs der Sozialdemokratie, „Der Kampf“. (*H. Bauers dortige Aufsätze sind vollständig verzeichnet worden von Gottfried Hatzl: Gesamtregister für die Bände 1 bis 27 [Wien 1907–1934] der Zeitschrift „Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift“, Wien 1977, 8.*)

Von 1926 bis 1934 unterrichtete Bauer Statistik an der Wiener Arbeiter-Hochschule, u.a.m. 1934 flüchtete sie nach dem „Wiener Februar“ mit ihrem Mann Otto Bauer nach Brünn, 1938 nach Frankreich, um drei Jahre nach Otto Bauers Tod 1941 noch über Schweden in die USA zu emigrieren. (Vgl. zur *Biographie den Helene Bauer vom angeblichen Ruch der „Parteipublizistik“ befreienden, in den offenkundig ansehnlich scheinenden Rang der empirischen Sozialwissenschaftlerin anheben wollenden Artikel von Johann Dvorák: Helene Bauer, geb. Gumpowicz, in: Wissenschafte-*

rinnen in und aus Österreich, hg.v. Brigitta Keintzel u. Ilse Korotin, Wien-Köln-Weimar 2002, 42–48.)

In den Jahren des Inflations- und Sanierungselends der frühen 1920er Jahre widmete sich Helene Bauer exponiert der Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie in der Periode des Aufstiegs der Arbeiterklasse nach 1848. 1922 verfasste sie eine Polemik gegen Othmar Spanns von ständestaatlich autoritärem Denken geprägte „universalistische Volkswirtschaftslehre im Geiste Adam Müllers“. (Vgl. *Helene Bauer: Herrn Othmar Spanns Tischlein-deck'-dich, in: Der Kampf 15 (1922), 178–182.*) Helene Bauer, die übrigens auch die „Geldkritik“ und „Großnaturalwirtschaft“ des wissenschaftlich und politisch verbündeten, vormaligen Münchner Räterepublikaners Otto Neurath ablehnte, (Vgl. *Helene Bauer: Geld, Sozialismus und Otto Neurath, in: Der Kampf 16 (1923), 195–202.*) widmete ihre Hauptkritik aber der Auseinandersetzung mit der (Wiener) „Grenzwerttheorie“, dabei die „Klassiker“ Smith, Ricardo, deren „Arbeitswerttheorie“ verteidigend. Die offen „malthusianische“ Apologetik der bürgerlichen Klassendifferenzen konnte angesichts der erstarkten Arbeiterbewegung aber nicht mehr aufrechterhalten werden: „Nun verging dem Bürgertum (ab ca. 1848 – Anm.) die Freude an dem wissenschaftlichen Nachlass Smiths und Ricardos, der von Marx und Engels übernommen und kritisch weiterentwickelt wurde. Die bürgerliche Wissenschaft rückte von der Arbeitswertlehre immer weiter ab, um schließlich unter dem Lawinensturz historischer und deskriptiver Detailarbeiten jedes Forschen nach den gesellschaftlichen Quellen des Privatprofits zu begraben.“ Die historische Schule mit ihrer Flucht aus der nationalökonomischen Theorie hatte ihre Schuldigkeit – so Helene Bauer – in dem Moment getan, als mit der subjektiven Grenznutzentheorie der Wiener Karl Menger, Eugen Böhm-Bawerk, Friedrich Wieser, des Franzosen Léon Walras oder des Amerikaners William St. Jevons ab den 1870er Jahren sukzessive die „Entthronung der Arbeit“ und damit ein theoretisches Wiedergutmachen der „Fehler der Klassiker“ möglich schien: Die subjektive Wertleh-

re „stellt den einzelnen, den von der Gemeinschaft losgelöst und dadurch historisch unbestimmbaren ‚isolierten Wirt‘, einem jeweils gegebenen Gütervorrat gegenüber.“ Für eine in die soziale Defensive geratene Bourgeoisie – bedrängt von sozialen Kämpfen – wurde der Grenzwert bald das beste akademisch-universitäre „Gegengift gegen den Marxismus“. (Vgl. *Helene Bauer: Bankrott der Grenzwerttheorie, in: Der Kampf 17 (1924), 105–113.* – Vgl. auch *die Erinnerungen von Käthe Leichter, in: Herbert Steiner (Hrg.): Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin, Wien 1997, 357–360.*)

Die erste Generation der Wiener Grenznutzenschule war soeben abgetreten, als Ludwig Mises (1881–1973) mitten in die österreichische „Sanierungskrise“ hinein 1922 vom bürgerlichen Feuilleton bejubelt mit seiner neoliberalen Kritik der sozialistischen „Gemeinwirtschaft“ die politische Stoßrichtung gegen die Arbeiterbewegung offen legte. Ludwig Mises' Apologetik des Kapitalismus lautete auf eine Kurzformel gebracht: Weg mit den politischen Parteien des Sozialismus, weg mit den Gewerkschaften! (Vgl. *Ludwig von Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, 1. Auflage 1922, hier zitiert nach der zweiten, umgearbeiteten Auflage: Jena 1932, im folgenden Kurz-zitat: Mises 1932*)

Helene Bauer widerlegte 1923 Mises' Bild eines liberalen, rationalen, den allgemeinen gesellschaftlichen Reichtum unaufhaltsam mehrenden Konkurrenzkapitalismus, der nur von außen durch sozialistische „Heilslehren“, durch marxistischen „Chiliasmus“ gehemmt wird. Mises' soziologische Dogmen beruhen auf geschichtlich fingierten Prämissen, indem er an eine liberale, von einer utilitaristischen Ethik getragene Harmonie glaubt: Kein Krieg, kein Imperialismus, keine Gewalt trübt die ideale Mises'sche Welt des harmonischen Freihandels. Vermutungen über einen Zusammenhang von kapitalistischer Entwicklung und imperialistischem Weltkrieg weist Mises zurück.

Helene Bauer beobachtet, wie sich Ludwig Mises zum einsamen Rufer in einer angeblich sozialistischen Wüste

hochstilisiert, in der selbst die bürgerliche Wissenschaft, der „Kathedersozialismus“ also, vom sozialistischen, Kultur gefährdenden „Destruktionismus“ unterwandert ist. In seiner Kritik der „Gemeinwirtschaft“ klagte Mises 1922, dass die Ideen der Arbeiterbewegung in das Herz der besitzenden Klassen, in die nur scheinbar „antimarxistische“ Wissenschaft – z.B. in das Werk Werner Sombarts – eingedrungen sind. Nur Menger, Böhm-Bawerk, usw. haben für Mises den Marxismus theoretisch bekämpft, der deutsche „Antimarxismus“ hingegen hat sich kapitulierend auf die politische Kritik beschränkt, dabei das „Ressentiment gegen den Kapitalismus“ mit Marx und Engels teilend. (Vgl. *Ludwig Mises: Antimarxismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 21 (1925), 266–293*)

Helene Bauer fasste Mises' Sozialismus-Kritik so zusammen: Der Sozialismus beruht auf dem Neid und Ressentiment der (aufgehetzten) Massen. Mises' ewige Grundthese lautet: Es gibt keine Wirtschaftsrechnung jenseits des Privateigentums, jenseits der Geldrechnung, jenseits des Privateigentums an Produktionsmitteln also kein sozialistisches Wirtschaften: „Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft! (Vgl. *Mises 1932, 32–36.*)

Vom Standpunkt des Neoliberalismus rückt Mises die Organisationen der Arbeiterklasse in ein kriminelles Licht. Mises plädierte für die politische Liquidierung der Arbeiterbewegung, er agitierte für den Sozialabbau: Mises hatte bereits den Kampf um den gesetzlichen Arbeiterschutz, um die Beschränkung der Arbeitszeit zu den Mitteln sozialistischen „Destruktionismus“ gezählt. Mises scheute sich auch nicht, die Sozialversicherung als Quelle neuer „Volkskrankheiten“, des „Simulantentums“ abzuwerten. So überrascht es nicht, daß Mises in der Arbeiterkoalition, in der Arbeitslosenversicherung nur den gewerkschaftlichen Hebel sieht, die Arbeitskraft nicht zu einem noch niedrigeren Lohn verkaufen zu müssen.

Die wichtigsten Instrumente des sozialistischen „Destruktionismus“, der Arbeiterverein, die Gewerkschaft werden nach Mises hinter der schönen Terminologie von „Koalitionsfreiheit“ und „Streikrecht“ verborgen. In Wirklichkeit handle es sich bei der gewerkschaftlichen Macht um „Koalitionszwang“ und „Streikzwang“. Die Gewerkschaften üben nach Mises gewalttätigen „Landzwang“ aus, verhängen „Interdikte über ganze Landstriche und Länder“, zerstören Betriebsanlagen, neigen zum

„Blutvergießen“, kurz die Gewerkschaften sind ihm wahre Terrororganisationen. Konform mit der präfaschistisch bürgerlichen Forderung nach Ausschaltung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zeichnet Mises ein Zerrbild vom „Koalitionszwang“ als einer „furchtbaren Vergewaltigung der persönlichen Freiheit des Einzelnen“. Mises ruft nach der politischen und wissenschaftlichen Verteidigung des Streikbrechers. Mises scheute sich in den 1920er Jahren nicht einmal, den Bürgerkrieg gegen die Gewerkschaften in den Raum zu stellen. (Vgl. *Mises 1932, 440–450.*)

Die soziale Reformpolitik des „Roten Wien“ beruhte für den jeden historischen Zusammenhang von Massenhunger 1918, Massenarbeitslosigkeit ignorierenden Mises nur „auf ihrem Terrorapparat“. Die Existenz reaktionär-bürgerlicher „Selbstschutzverbände“ war für Mises legitim. (Vgl. *Ludwig Mises: Erinnerungen, mit einer Einleitung von Friedrich August Hayek, Stuttgart-New York 1978, 47–49, 57–59.*)

1924, ein Jahr nach Helene Bauer, hat der damals in Aachen lehrende Alfred Meusel (1896–1960), späterer Mitbegründer der DDR-Geschichtswissenschaft, in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen deutschen sozialdemokratischen Theoriezeitschrift „Gesellschaft“ den ideologischen Schein „bürgerlicher Sozialkritik“ in ähnlicher Weise am Beispiel des Neoliberalismus von Ludwig Mises und am Beispiel des „neoromantischen“ Universalismus von Othmar Spann (1878–1950) angegriffen: Mises der „Manchestermann“, „der alles Heil der Gesellschaft von der Rückkehr zu den Grundsätzen des Laissez-faire erwartet“, während sich Spann die Stabilisierung des Kapitalismus, des „Unternehmer-Geists“ von einer „universalistischen“ Ständestaatsideologie, einer „völkischen Gemeinschaftskultur“ erwartete. Spann und Mises waren also Gegner in fast allem („Individualismus wider Universalismus“), in der Grundfrage der „unbedingten Ablehnung“ des Marxismus, des Sozialismus insgesamt waren sie einer Meinung. (Vgl. *Adolf Meusel: Zur bürgerlichen Sozialkritik der Gegenwart I. Der Neu-Liberalismus (Ludwig Mises), in: Die Gesellschaft 1 (1924), 372–383. – Vgl. Peter Goller: Alfred Meusel als Kritiker von Ludwig Mises und Othmar Spann. Gegen „Neoliberalismus“ und „Neoromantik“, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft [Wien 2/2003]*)

Anhang

Die Interessenharmonie, der „gemeine Mann“ und ein besserer Herr

HELENE BAUER

(in: *Arbeit und Wirtschaft. Organ der Gewerkschaftskommission, Arbeiterkammern und Betriebsräte Österreichs 1 [1923], 589–592*)

„Wenn jemand glaubt, daß die Befriedigung der Sonderwünsche seines persönlichen Geschmacks die Mehrkosten, die für ihn daraus gegenüber der Befriedigung durch die uniformen Erzeugnisse aufwiegt, dann kann man ihm nicht objektiv beweisen, daß er im Unrecht ist ... Wenn mein Freund es vorzieht, sich so zu kleiden, so zu wohnen und so zu essen, wie es ihm gefällt, und nicht das zu machen, was jedermann tut, dann kann man ihn darum nicht tadeln ... Wenn er seine Wohnung nach seinem persönlichen Geschmack einrichten will und nicht nach dem des Möbelfabrikanten, so kann man ihn mit Gründen nicht widerlegen ...“ Das Verständnis, das Herr Dr. [Ludwig] Mises in dem dicken Buche „Die Gemeinwirtschaft“ den Sonderwünschen seines Freundes entgegenbringt, lässt vermuten, daß er auch die Frau des Freundes, die sich sicher gern in kostbare Pelze und fließende, mit Juwelen zusammengehaltene Seide hüllt darum nicht tadelt. Denn die Glückseligkeit liegt „eben in der Befriedigung seiner Wünsche“ und der Herr Mises als Vertreter der Lustethik ist für die Glückseligkeit seiner Freunde und findet, daß die kapitalistische Wirtschaft, in der sich sein Freund seine Wohnung und seine Tafel nach eigenem Geschmack einrichten kann, die beste, die einzig mögliche Wirtschaftsordnung sei.

Wer sich's leisten kann, der genieße, meint der liberale Herr Mises, und um den fröhlichen Genuß der Reichen nicht länger gestört zu wissen durch die bösen Miasmen des Zweifels an der moralischen Berechtigung ihrer gehobenen Lebensweise, des Zweifels, der aus der durch sozialistische Gedankengänge vergifteten Atmosphäre des öffentlichen Lebens bis zum Kontor des Kapitalismagnaten und dem Boudoir seiner Ehefrau dringt, will er nun beweisen, daß der Sozialismus eine durchaus unrationelle Wirtschaftsform wäre! Findet man jetzt nirgends die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Sozialismus, den Wagemut, froh und frei für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln einzutreten, nur beim Herrn Mises soll man sie finden, gepaart obendrein noch mit den

dazu notwendigen philosophischen und ökonomischen „Gesichtspunkten“. Er fordert nun den Sozialismus in die Schranken und der Kampf soll mit den „Waffen des Geistes“ geführt werden.

Der Geist äußert sich zuerst als der eines homerischen Helden. Der Gegner wird mit Schimpfworten empfangen. Der Sozialismus ist nichts anderes als „Rationalisierung der kleinlichen Ressentiments“, als eine Heilslehre, „die das Toben der niedrigen Neid- und Racheinstinkte zur Erfüllung einer weltgeschichtlichen Sendung verklärt“ und ihre Schlüsse zieht „aus den krausen Gedankengängen eines abstrusen Systems“. Der Gegner soll durch Drohungen eingeschüchtert werden. „Alle Bestrebungen, den Sozialismus zu verwirklichen, führen nur zur Zerstörung der Gesellschaft ... Die Bevölkerung der Industriegebiete wird aussterben oder auswandern ... Wieder können Nomadenstämme aus den Steppen des Ostens auf schnellen Rossen Europa plündernd durchstreifen, wer sollte ihnen im dünn bevölkerten Land Widerstand leisten können, wenn einmal die von der höheren Technik des Kapitalismus ererbten Waffen abgenutzt sein werden?“ (Seite 498)

Wem jedoch vor der Wehrlosigkeit des dünn bevölkerten Europa und den Nomaden auf schnellen Rossen weniger graust als vor dem Kapitalismus, wer seine Neid- und Racheinstinkte auch angesichts dieser Gefahren nicht zurückzustellen vermag, dem wird der Schreckensnamen Malthus and die Wand gemalt. Umsonst will er sein Gewissen beruhigen durch die Erfahrung, daß bei steigender Kultur und zunehmendem Wohlstand sich das Wachstum der Bevölkerung verlangsamt; denn schonungslos hält ihm sogleich Mises entgegen, daß dies nur bei Sondereigentum gelte, daß „jede Veranlassung, sich der Zeugung zu enthalten, in dem Augenblick fortfällt, in dem die Gründung der Familie ohne wirtschaftliche Opfer erfolgen kann, weil der Unterhalt der Kinder der Gesellschaft obliegt“. (Seite 187) So birgt die sozialistische Zukunft in ihrem Schoße zwei gleich unheilvolle Möglichkeiten: Überbevölkerung mit gesetzlichen Eingriffen in die Gebärfreiheit und Verödung früherer blühender Kulturstätten. Wähle jeder, was ihm schlimmer erscheint!

Aber es muß ja nicht so weit kommen. Die Gesellschaft ist nach Mises ein Erzeugnis des Willens und der Tat und schmiedet selber ihre Zukunft. Sie nähert sich dem Sozialismus, weil die große Mehrheit es will, weil die große Mehrheit den Sozialismus für eine den höheren Wohlstand erzeugende Gesell-

schaftsordnung betrachtet. Und „tritt in dieser Auffassung ein Wandel ein, dann ist es um den Sozialismus geschehen“.

Um diesen Wandel herbeizuführen – bekanntlich unterziehen sich alljährlich dieser Aufgabe recht viele Dozenten – untersucht Mises kritisch die ökonomische Struktur aller erdenklichen sozialistischen und pseudosozialistischen Ordnungen und findet sie immer unvereinbar mit einer rationalen Wirtschaftsführung. Es fehlt die Kostenrechnung, es fehlt der Verteilungsmaßstab! Statt der wunderbaren Ordnung, in der der Kapitalist dem Arbeiter kargen Lohn „zurechnet“ und für die „Leistung der Maschinen“, deren Konstruktion ihm meistens fremd ist, für die „Leistung des Bodens“, den er nicht einmal von Unkraut zu reinigen versteht, das heißt für die von den Grenznutzern erfundenen „produktiven Beiträge der sachlichen Faktoren“ sich selber die Taschen voll stopft, würde der Sozialismus eine „Verteilungsweise setzen, die keinem Eigentümer oder Unternehmer eine von den andern Volksgenossen grundsätzlich verschiedene Stellung einräumt“, ja, in denen die „Anteile“, die auf die Maschine und den Boden entfallen, gar nicht ermittelt werden könnten! Da jedoch für jeden richtig gehenden Bourgeois die „grundsätzlich verschiedene Stellung der Eigentümer und Unternehmer“, der Freund also mit der nach eigenem Geschmack eingerichteten Wohnung und Tafel zum Weltbild gehört und deswegen in der Kalkulation der Profite der einzige Sinn des wirtschaftlichen Handelns erkannt werden kann, ist für ihn die nach Bedarfsdeckung orientierte Gemeinwirtschaft unverständlich. Und ganz folgerichtig sieht auch Mises im Sozialismus nur „das sinnlose Gebaren eines vernunftlosen Apparats“. (Seite 107). Wem Profit, Vernunft, dem ist natürlich Profitlosigkeit Unvernunft!

Als echter Mann der Wissenschaft läßt sich Mises bei seiner Wanderung in den unseligen Gefilden des Sozialismus immer von der ökonomischen Theorie begleiten. Wenn er die sozialistische Verteilung verwirft und in der kapitalistischen die Gewähr sieht, daß jedem Verdienst sein Lohn wird, so tut er das nicht aus eigener Willkür, sondern im Namen der Lehrmeinung, die er vertritt. Die bürgerlichen Vertreter der Volkswirtschaftslehre sind zwar untereinander über die Bestimmungsgründe der kapitalistischen Verteilung gar nicht einig; aber wie verschieden auch ihre Meinungen sein mögen, auf was für Umwegen immer sie zu ihren Lösungen des „Zurechnungsproblems“ gelangen, eine Übereinstimmung ist in ihren

komplizierten Ausführungen immer gegeben. Wie auch der Kapitalist dem Arbeiter den Lohn und sich den Zins „zurechnet“, ob nach Böhm-Bawerk, nach Schumpeter, nach Clark oder nach Wieser, immer trifft er das Richtige. Gerade das, was er zahlt, und gerade das, was er einsteckt, entspricht der Leistung des Arbeiters, der Maschine und des Bodens, für welche letztere er als bevollmächtigter Vertreter die Rechnung vorweist. Mises, vor dessen wissenschaftlicher Strenge kein sozialistisches Verteilungssystem standhält, gibt sich mit dem unfertigen Zustand der bürgerlichen Zurechnungslehre zufrieden. Die Ergebnisse der Lehre genügen ihm hier vollkommen, um die Überlegenheit der kapitalistischen Verteilung festzustellen. Dieses System ist unübertrefflich, einzig möglich. Es stellt sich doch hier „der natürliche Lohn in einer solchen Höhe fest, daß dem Arbeiter der Ertrag seiner Arbeit, das heißt alles, was der Arbeit zugerechnet wird, zukommt“ ... Und daß dieser „natürliche Lohn“, also alles, was der Kapitalist der Arbeit zurechnet, dem Arbeiter nicht erlaubt, sich so zu kleiden, so zu wohnen und so zu essen, wie es ihm gefällt, daß es nicht nur nicht zur Befriedigung der Sonderwünsche des persönlichen Geschmacks, sondern nicht einmal zum Ankauf uniformer Massenartikel in genügender Menge hinreicht, das liegt eben in der Natur dieses natürlichen Lohnes. Die Glückseligkeit, die in der Befriedigung der eigenen Wünsche liegt, ist ein ethisches Prinzip nur für Freunde, dem Arbeiter, der „eigene Wünsche“ hat, versucht Mises objektiv zu beweisen, daß er im Unrecht ist. Die Schranken des „natürlichen Lohnes“ dürfen nicht überschritten werden, mögen sie auch zur Befriedigung der Lustgefühle viel zu eng gezogen sein. Nur böser Neid kann sie sprengen wollen und nur aus der traurigen Tatsache, „daß auch heute noch der gemeine Mann dazu neigt, den Staat als eine Rentenquelle zu betrachten, aus der er möglichst viel Einkommen ziehen will“ (Seite 61) und daß er „dem arbeitslosen Einkommen abhold ist, sofern es ein anderer und nicht er selbst bezieht“ (Seite 257), vermag sich der Herr Mises die Unzufriedenheit des gemeinen Mannes mit dem Bestehenden zu erklären.

Der Sozialismus ist aber nicht nur ein Ausblick in eine trostlose Zukunft; indem er die wirtschaftlichen Kräfte durch Bindungen zu stören sucht, wird er jetzt schon zur Ursache der Verarmung. Zum Kapitalismus gehört volle Freiheit des wirtschaftlichen Handelns, gehört der freie Wettbewerb. Im freien Wettbewerb

entwickelt der Kapitalismus die produktiven Kräfte, im Wettbewerb schafft er den Reichtum der Märkte, im Wettbewerb stellt er jeden Mann an den richtigen Platz. Mit dem Wegfall der Zunftschranken „kann“ ein jeder reich werden, wenn er sich an dem allgemeinen Wettbewerb beteiligt. Aber „allen diesen Erfahrungen und Tatsachen zum Trotz sucht der Arbeiter sein Heil in der Vereinigung mit den anderen Arbeitern“. (Seite 401)

Die marxistische Lehre von der Identität der Interessen aller Proletarier trägt die Schuld daran, daß der Arbeiter, statt nach kapitalistischem Prinzip durch Unterbietung seiner Arbeitsgenossen Käufer zu suchen und durch Verlängerung der Tagesarbeit größeren Absatz zu erzielen, statt also den Weg zu gehen, der die Reichen reicher werden läßt, die Gebundenheit der Gewerkschaft der Freiheit des Konkurrenzkampfes vorzieht! Indem er nicht der Interessenharmonie, von der die liberale Gesellschaftslehre spricht, gedenkt, sondern seiner eigenen Klassenlage, stört er eben die Harmonie und dadurch die eigene Glückseligkeit. Mises zweifelt nicht daran, daß der Arbeiter „nur durch die Aufstachelung seiner niedrigsten Eigenschaften“ dem Liberalismus abtrünnig gemacht worden ist. Und das war nicht einmal schwer, „denn das Böse im Menschen zu wecken, ist immer lohnend“.

Mises gibt ohneweiteres zu, daß auch in kapitalistischen Kreisen gegen das liberale Prinzip des Wettbewerbes viel gesündigt wird, aber während er in der Vereinigung des „gemeinen Mannes“ nur das Böse zu erblicken vermag, sind für ihn die Vereinigungen der feinen Leute oft ein Werkzeug der geschichtlichen Vernunft. Die preiserhöhende Politik der Kartelle kann zum Beispiel für längere Zeiträume nur wirksam bleiben bei monopolistischer Beherrschung der Naturschätze, und da erzwingt sie durch Teuerung ein sparsames Vorgehen mit nicht beliebig vermehrbaren Gütern, wie zum Beispiel mit Kohle und Eisen.

Die arme Wöchnerin, der Arbeitsinvaliden nun in ihren ungeheizten Stuben, um den Kohlenvorrat noch über die paar tausend Jahre, für die er gesichert erscheint, zu strecken, während der reiche Mann sich behaglicher Wärme erfreut. Kluge Haushaltung und doch – Welch froher Genuß! Ist der Kapitalismus nicht die beste, die „einzig mögliche“ Wirtschaftsordnung? Sollte vielleicht der Freund des Herrn Mises mit der nach persönlichem Geschmack eingerichteten Wohnung auf eine schmale Kohlenration gesetzt werden? Nein! Das wäre ja ein

staatlicher Eingriff in das Privatleben. Und schließlich, da er kein gemeiner Mann, sondern ein besserer Herr ist, hat er die Funktion, an fremdem Lebensgenuß zu sparen, nicht an eigenem. Das ist eben das Rationelle im kapitalistischen System, daß die Kapitalsakkumulation den Genuß nicht schmälert. Die einen entbehren – die anderen schaffen neues Kapital, ganz ohne Opfer. Aber eine sozialistische Akkumulation als von allen gewollte Erweiterung der gesellschaftlichen Produktionsbasis – das erscheint dem Herrn Professor höchst bedenklich.

Also kämpft Herr Mises mit geistigen Waffen für Privateigentum, Zins und Profit. Und die bürgerlichen Männer der Theorie, besonders aber die der Praxis, zeigen für diese Geistigkeit und diese Waffen das allergrößte Verständnis. Endlich ein Mann und ein Werk! In den Gewerkschaften sieht er das Walten des „Bösen“ und in der Sozialversicherung „unheilvolle Beeinflussung der sozialen Moral“. Das ist Wissenschaft!

Dieses gegenseitige Wohlgefallen soll nicht etwa durch abfällige Kritik gestört werden. Wer den Herrn Mises lobt, dessen Lob verdient er sicher. Dieses „standard work“ und seine begeisterten Kritiker bilden eine Interessenharmonie, die der „gemeine Mann“ begreift. Und es ist nicht einmal schwer!

Fred Wander und sein Werk

Als einen der „eindruckvollsten und bedeutendsten Autoren der deutschen Nachkriegsliteratur“ charakterisieren Walter Grünzweig und Ursula Seeber, die Herausgeber von „Fred Wander und sein Werk“, den österreichischen Schriftsteller und Journalisten. Die im Weidle-Verlag erschienenen Band versammelten Aufsätze behandeln verschiedene Aspekte der Biographie und des literarischen Schaffens Fred Wanders: Seine Romane und Theaterstücke sind ebenso Thema wie seine journalistische Tätigkeit im Wien der Nachkriegszeit oder seine Jugend- und Reisebücher. Die Aufsätze vermitteln ein lebendiges Bild vom kreativen Schaffen des Schriftstellers und des Menschen Fred Wander, der durch die Hölle der Konzentrationslager gegangen ist. Ergänzt wird der Band durch ein Gespräch mit Wander und eine Bibliographie seiner Werke.

Fred Wander wurde 1917 in Wien geboren. Nach 1938 musste er fliehen und lebte dann in Frankreich. Nach der deut-

schen Besetzung wurde er interniert und vom berüchtigten Lager Drancy nach Auschwitz deportiert. Am Ende erlebte er den tagelangen qualvollen Marsch, die „Übersiedlung“ tausender Häftlinge nach Buchenwald. Nach der Befreiung vom KZ Buchenwald kam Wander 1945 nach Wien zurück. Er arbeitete als Fotograf und Reporter vor allem für die KPÖ-nahe Presse, u.a. für die *Stimme der Frau*, die *Volksstimme*, den *Abend*, das *Tagebuch*, aber auch für das *Neue Österreich*. „Dem einfachen Menschen in seinem schweren Kampf gegen die Starken und Mächtigen beizustehen“ war Inhalt der vielen Reportagen, Kurzgeschichten und Romane, so Christine Schmidjell in ihrem Beitrag über die „Wiener Reporterjahre“ Wanders.

1955 ging Wander mit seiner Frau Maxie (geb. Brunner) in die DDR, weil er in Österreich von der Schriftstellerei nicht leben konnte. Hier lebte er als anerkannter und geachteter Schriftsteller. Zwischen 1962 und 1964 machte er zahlreiche Reisen und schrieb gemeinsam mit seiner Frau verschiedene Reisebücher. 1982 kam er nach ihrem Tod nach Wien zurück, wo er auch heute lebt.

In der DDR schrieb Wander sein zentralstes Buch „Der siebente Brunnen“, in dem er seine Lagererfahrungen erzählt. Wander beschreibt die unvorstellbaren Leiden, Demütigungen und Grausamkeiten, denen die KZ-Häftlinge ausgesetzt waren, und gibt auch einen Einblick in den Gemütszustand der rohen, unbarmherzigen „Gestiefelten“, wie er die SS-Wächter nennt, zu deren Unterhaltung das Quälen und Töten der Gefangenen gehörte. In dieser Erzählung hat er in unvergleichlicher und aufwühlender Weise seine bitteren Lagererfahrungen verarbeitet: „Der so oft beschworene Mensch steht hier wirklich im Mittelpunkt, in der schrecklichen Freiheit von allen äußeren Hilfen, ohne Trost dem Tode ausgeliefert“, schreibt Wolfgang Trampe, Wanders Verlagslektor. „Der siebente Brunnen“ erschien zuerst 1971, in diesem Jahr ist er im Wallstein-Verlag neu aufgelegt worden.

Mehr als vieles Andere passt das Erscheinen des Buches „Fred Wander und sein Werk“ und die Neuauflage von „Der siebente Brunnen“ in das zu Ende gehende Gedenkjahr. Mögen beide Bände viele, besonders junge Menschen lesen.

IRMA SCHWAGER

Grünzweig, Walter/Seeber, Ursula (Hg.): *Fred Wander. Leben und Werk*. Bonn: Weidle-Verlag 2005

Im Heimatkreis des Führers

Fast jährlich Ende April scheint das kleine Städtchen am Inn mit der immergleichen Kurzmeldung in den Chronik-Teilen heimischer Tageszeitungen auf; denn fast jedes Jahr um den 20. April kommt es zum immergleichen unappetitlichen Hin und Her von Kundgebungen und Untersagung selbiger, wenn ansonsten lichtscheue Gestalten ans Tageslicht kommen, um dem Geburtstag Adolf Hitlers in seinem Geburtsort Braunau am Inn zu huldigen – immer, und während der letzten Jahre erfreulicherweise immer entschiedener, zurückgewiesen von lokalen antifaschistischen Initiativen.

Angesichts des aktuellen politischen Konfliktpotenzials dieses Erinnerungsortes für Neonazis ist es umso erstaunlicher, dass bislang keine systematische Untersuchung der lokalen Verhältnisse während der Zeit des Faschismus vorliegt. Florian Schwanninger beseitigt dieses Manko nun in seiner vorliegenden überarbeiteten und erweiterten Diplomarbeit. Weniger erstaunlich ist die Tatsache des bisherigen Fehlens einer Arbeit zu Widerstand und Verfolgung im Bezirk Braunau allerdings insofern, als sich – „während in den letzten Jahrzehnten eine Fülle an Detailstudien zu allen möglichen Aspekten der NS-Herrschaft veröffentlicht wurden“ – sich insgesamt „gerade auf dem Gebiet der lokalgeschichtlichen Forschung, der sogenannten Heimatgeschichte, große Lücken diesen Zeitabschnitt betreffend feststellen“ lassen (283). Nicht unwesentlich dürfte zu dieser mangelnden Auseinandersetzung mit konkreten lokalen Ereignissen durch die „Heimatgeschichtsschreibung“ auch die Scheu beigetragen zu haben, in bis heute offenen Wunden zu stochern: „Viele Opfer und Täter sowie Angehörige lebten in denselben Orten und man ging und geht auch teilweise heute noch dieser heiklen Thematik oftmals lieber aus dem Weg um keine Konflikte zu riskieren.“ Hinzu kommt in dörflichen Zusammenhängen, dass „bei vielen Menschen alte Vorurteile und Ideologien aus der NS-Zeit weiterwirkten und die sogenannten ‚KZler‘ bei Teilen der Bevölkerung über ein nicht sehr hohes Ansehen verfügten“ (283), was dem Autor zufolge das Interesse der Opfer an öffentlicher Darstellung des Geschehenen gering hielt.

Der Autor knüpft nicht nur im Titel an die seit 1975 vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands herausgegebene Reihe zu „Widerstand und

Verfolgung“ in den einzelnen Bundesländern. Wie in diesen Standardwerken würdigt Schwanninger sämtliche vom NS-Regime aus „rassistischen“, politischen oder weltanschaulichen Gründen verfolgten Gruppen und untersucht die entsprechenden Formen des Widerstands, wobei die Darstellung mit der Wiedergabe zahlreicher Dokumente (Fotos, Briefe, Opferlisten etc.) verknüpft wird. Neben dem „katholisch-klerikalen Lager“ (57–91), dem „Widerstand der KPÖ und der Arbeiterbewegung“ (93–143) und den Zeugen Jehovas (145–163) schenkt der Autor auch der Verfolgung von Einzelnen durch die Sondergerichte besondere Aufmerksamkeit und schildert detailliert Beispiele von aufgrund des „Heimtücke“- oder „Rundfunkgesetzes“ verfolgten individuellen Widerstands- oder oppositionellen Handlungen.

Entsprechend sowohl dem Ausmaß der Verfolgung wie auch dem Umfang der Widerstandsaktivitäten nimmt das Kapitel zum „Widerstand der KPÖ und der Arbeiterbewegung“ den größten Teil der Darstellung der aus politischen Motiven Verfolgten ein (93–143). Schwanninger zeichnet die Geschichte der Arbeiterbewegung in Oberösterreich seit ihren Anfängen nach, untersucht Positionen und Strukturen der KPÖ vor und stellt schließlich die Arbeit der illegalen Parteigruppen – die Fokussierung auf die KPÖ erfolgt nicht zuletzt deshalb, „da sich ein organisierter Widerstand der RS [Revolutionären Sozialisten; Anm.] im Bezirk Braunau laut den vorhandenen Quellen nicht ausmachen lässt“ (93) – während der Zeit des Austrofaschismus und nach dem deutschen Einmarsch dar.

Weitere Kapitel des Buches widmen sich der „Euthanasie“ sowie der Militärjustiz, wobei der Autor auf die vor allem im erstgenannten Bereich prekäre Quellenlage hinweist: die in den zentralen Quellenbeständen – v.a. Datenbestände aus Hartheim – auffindbaren Opfer repräsentieren bei weitem nicht das ganze Ausmaß der Euthanasie-Morde, da neben der sogenannten „wilden Euthanasie“ nach dem offiziellen Ende der Euthanasie-Aktion „T4“ kaum nachweisbare Tötungen („Kindereuthanasie“, Überdosierungen etc.) passierten, deren Opferzahlen sich kaum mehr nachweisen lassen. Hinzu kommt die allgemeine schwierige Quellenlage bei diesem Thema: „Es gelang den Tätern, einen Großteil der Beweise für die Tötungen in Hartheim und Niedernhart verschwinden zu lassen. Nur sehr wenige Dokumente blieben erhalten.“ (255)

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Goller, Hans Hautmann, Karin Liebhart, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Irma Schwager

Layout: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ der Jahrgänge 1994–2005
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der AKG
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ
- Publikationen der AKG

Wie in allen Teilen des Buches beschränkt sich Schwanninger auch in den abschließenden Ausführungen zur NS-Militärjustiz und ihrer Opfern im Bezirk Braunau nicht auf die Aufzählung der aus den Akten erschlossenen Zahlen, sondern skizziert in einer kurzen Einführung die Entwicklung der NS-Militärjustiz, die Funktion derselben im NS-Vernichtungssystem sowie die zentralen Begrifflichkeiten zu diesem Thema. Die Kombination von neuen, aus bisher weitgehend unbearbeiteten Quellen erschlossenen Erkenntnissen mit allgemeinverständlichen Einführungen in die Thematik wie in die einzelnen Kapitel macht das Buch für den Fachhistoriker wie für den interessierten Laien interessant und lesbar.

SIMON LOIDL

Florian Schwanninger: Im Heimatkreis des Führers. Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung im Bezirk Braunau 1938–1945. Grünbach: Edition Geschichte der Heimat 2005